

LaG - Magazin

Der

Transformationsprozess

in

Ungarn

BUNDESSTIFTUNG
AUFARBEITUNG



Inhaltsverzeichnis

Zur Diskussion

Nachwirkungen einer dreifachen Transformation: Warum Orbán erfolgreich ist.....	4
Die Holocaust-Erinnerung und der Systemwechsel 1989/90 in Ungarn.....	8
Die Situation von Rom_nja in Ungarn.....	13
ORBÁN.....	18

Empfehlung Fachbuch

Unterm Messer. Der illiberale Staat in Ungarn und Polen.....	22
Vademecum – Contemporary History Hungary.....	27
BTI Country Report Ungarn 2018.....	29
Proteste und soziale Kosten des Systemwandels. Der Fall Ungarn.....	32
Demokratie als Enttäuschung.....	35

Empfehlung Zeitschrift

Aus Politik und Zeitgeschichte: Ungarn.....	38
---	----

Liebe Leser_innen,

wir begrüßen Sie zur Märzausgabe des LaG-Magazins. Der Fokus liegt in diesem Monat auf den Transformationsprozessen und ihren Auswirkungen in Ungarn. Der Systemwandel von einem autoritären Staatssozialismus hin zu einer parlamentarischen Demokratie mit kapitalistischem Wirtschaftssystem brachte neben politischen Freiheiten und Rechten für viele Menschen Verunsicherungen. Sie äußern sich teilweise in rückwärtsgewandten Sehnsüchten nach einer scheinbar heilen Welt des Sozialismus, aber auch, und das ist kein Widerspruch, in antiziganistischen und antisemitischen Ressentiments. Die Wahlerfolge von rechten Parteien wie Fidesz und Jobbik sowie der sich zunehmend autokratischer gebärdende ungarische Ministerpräsident Orbán stehen für letztgenannte Tendenz. Gleichzeitig hat sich die Situation der ungarischen Minderheiten durch die entsprechende Gesetzgebung vor allem in den frühen 1990er-Jahren verbessert. Auch die Erinnerung an den Holocaust hat einen, wenn auch prekären, Platz in der ungarischen Gesellschaft gefunden. Eine Aufarbeitung der weitreichenden Kollaboration ist jedoch ausgeblieben. Im Gegenteil, die Verklärung des klerikal-konservativen bis faschistischen Horthy-Regimes in konservativen Kreisen und totalitarismuskonforme Einordnungen des staatssozialistischen Systems lassen reflexive Geschichtsbezüge geradezu überflüssig erscheinen.

Dieter Segert geht seinen beiden Thesen nach, nach denen die anhaltend stabile

Unterstützung, die Viktor Orbán in Ungarn erfährt auf den Folgen des demokratischen Transformationsprozesses des Landes beruht und, dass die politische Linke aufgrund ihrer Regierungsbeteiligung während der Transformation langfristig geschwächt wurde.

Über die Veränderung der Holocaust-Erinnerung im demokratischen Ungarn und die sie begleitenden, teils gegenläufigen geschichtspolitischen Auseinandersetzungen und Mythologisierungen schreibt *Regina Fritz*.

Die demokratische Transformation hat für die Rom_nja-Minderheit Folgen gezeitigt, die bestenfalls als ambivalent zu bezeichnen sind. *Ingolf Seidel* gibt eine zusammenfassende Betrachtung zur historischen Präsenz von Romnja in Ungarn sowie Diskriminierung und Ausgrenzung.

István Tóth gibt anlässlich der diesjährigen Wahlen zum Europäischen Parlament einen Überblick zu den Erfolgen des rechten Lagers in Ungarn.

Wir danken allen Autor_innen, die uns mit ihren externen Beiträgen unterstützt haben. Ein besonderer Dank geht an das antifaschistische Magazin „der rechte rand“ für die Möglichkeit der Zweitveröffentlichung des Textes von István Tóth.

Das nächste LaG-Magazin erscheint am 24. April. Es trägt den Titel „Sinti und Roma in Berlin“.

Ihre LaG-Redaktion

Nachwirkungen einer dreifachen Transformation: Warum Orbán erfolgreich ist

Von Dieter Segert

Problemstellung

Viktor Orbán, Chef der Partei Fidesz und Premierminister Ungarns, wird bei in Deutschland für seine antiliberalen Politik immer wieder kritisiert. Trotzdem siegt seine Partei bei allen Wahlen seit 2010. Bei den Parlamentswahlen bekam Fidesz 52,7 Prozent, vier Jahre später 45 Prozent und 2018 mit 50 Prozent der abgegebenen Stimmen. Die Wahlbeteiligung lag höher als in anderen osteuropäischen Wahlen, stets über 60 Prozent. Auf Grundlage von Veränderungen des Wahlrechts reichte die Stimmenzahl in jedem Fall für eine knappe Zweidrittelmehrheit der Parlamentssitze. Wie lassen sich die innenpolitischen Erfolge von Fidesz erklären?

Meine These ist, dass diese Stabilität der Unterstützung Orbáns durch die ungarische Bevölkerung im Verlauf und den Ergebnissen der Transformation Ungarns vom Sozialismus zum Kapitalismus wurzelt. Und eine zweite These: Da während dieser Transformation linke politische Parteien regierten, führte das zu einer anhaltenden Schwäche der politischen Linken.

Die dreifache Transformation Ungarns als Ausgangspunkt

Die Transformation war eine dreifache. Zunächst vollzog sich relativ schnell der Übergang von einer gemäßigten politischen Diktatur hin zu einem demokratischen

politischen System westlicher Prägung. Dieser Übergang setzte bereits vor 1989 ein. Reformorientierte Teile der ungarischen Staatspartei waren seine wichtigsten treibenden Kräfte. 1988 wurde János Kádár als Generalsekretär abgelöst. Am Runden Tisch zwischen Kommunisten und Opposition wurde im Frühjahr 1989 über weitere Reformen beraten. Ein Mehrparteiensystem und freie Wahlen wurden vorbereitet. Im Oktober 1989 löste sich die Staatspartei auf und das Land gab sich mit einer grundsätzlich veränderten Verfassung auch einen neuen Namen. Die Wahlen 1990 führten zu einer Ablösung der als Ungarische Sozialistische Partei neugegründeten, reformierten Staatspartei. 1994 kam diese dann erneut gemeinsam mit Liberalen an die Regierung. Die Phase 1994-1998 war gleichzeitig eine Periode intensiver wirtschaftlicher Transformationen. Ihre zweite Amtszeit, nach 2002 bis 2006, waren die Jahre des Beitritts zur EU. Die ungarischen Sozialist_innen werden also zu Recht als die Partei angesehen, die für die Ergebnisse des Wandels verantwortlich sind.

Eine zweite Transformation war die von einer unvollständigen sozialistischen Marktwirtschaft hin zu einer peripheren kapitalistischen Wirtschaftsweise. In Ungarn war bereits in den 1960er Jahren wirtschaftlich experimentiert worden. Die Planwirtschaft wurde dezentralisiert. Die staatlichen Preiskontrollen wurden reduziert. Die Betriebe bekamen eine größere Eigenständigkeit. Joint Ventures mit westlichen Unternehmen wurden zugelassen. In den späten

1980er Jahren gingen die Wirtschaftsreformen weiter. Kleine private Unternehmen wurden erlaubt. Ungarn trat der Weltbank und dem Internationalen Währungsfonds bei. Dadurch entstanden Elemente einer „sozialistischen Marktwirtschaft“. Dieses Konzept wurde dann aber nach 1990 aufgegeben. Wie in allen anderen ehemaligen post-sozialistischen Gesellschaften ging es jetzt um Wandel durch Liberalisierung, Stabilisierung und Privatisierung, um den sogenannten „Washington Konsens“. Im Ergebnis wurde die Produktionsstruktur des Landes vollständig umgestellt. Betriebe wurden aufgelöst. Andere wurden Teil von internationalen Konzernen. Westeuropäische Banken und Versicherungen teilten den ungarischen Markt unter sich auf. Die Politikwissenschaftler_innen Dorothee Bohle und Béla Greskovits bezeichneten den entstehenden Typ kapitalistischer Produktion als peripheren, „eingebettet neoliberalen Kapitalismus“ (Bohle/Greskovits 2012).

Mit den innerwirtschaftlichen Veränderungen war die dritte Transformation von der Mitgliedschaft im regionalen sowjetisch-dominierten Block hin zur Integration in das globalisierte, westlich dominierte Weltsystem, vollzogen. Stationen auf diesem Weg waren der Beitritt Ungarns zur EU 2004 und der NATO-Beitritt 1999.

Spätestens 2004 war die dreifache Transformation des Landes abgeschlossen. Um die danach folgende politische Entwicklung besser verstehen zu können, müssen die Erwartungen der Bevölkerung berücksichtigt werden: 1989 erwarteten die Menschen in

Osteuropa vom Wandel nicht nur Demokratie sondern auch ein ähnliches Lebensniveau wie in Westeuropa. Diese Erwartungen wurden im Transformationsjahrzehnt grundlegend enttäuscht. Wie lässt sich die Kluft zwischen Erwartungen und eingetretener Realität bewerten? Der ungarische Ökonom János Kornai spricht von berechtigten Hoffnungen, die aber mit falschen Erwartungen und Illusionen vermischt gewesen waren (Kornai 2006: 235). Der ungarische Soziologe Ivan Berend verwies auf die Wirkung historischer Prägungen, die in die vorsozialistische Zeit reichten (Berend 2007). Andererseits lag es nahe, die Härten und negativen Erfahrungen der dreifachen Transformation als eine wesentliche Ursache der Frustrationen anzusehen (Segert 2013). Um diese Härten für die ungarische Bevölkerung und deren Reaktionen darauf wird es abschließend in diesem Beitrag gehen.

Reale Härten des Transformationsprozesses

Die Härten waren Ergebnis der besprochenen grundsätzlichen Umstellung der Volkswirtschaften. Das geschah meist in den 1990er Jahren. Um welche Härten für die Bevölkerung Ungarns geht es dabei? Die nachfolgenden Zahlen entnehme ich einer eigenen früheren Publikation (Vgl. Segert 2018, S. 6-10):

Das *Bruttosozialprodukt* Ungarns ging Anfang der 1990er Jahre zurück und erholte sich erst langsam, erst 1999/2000 wurde der Ausgangswert von 1989 wieder erreicht. Das Jahr des größten Rückgangs war 1991

mit zwölf Prozent. Das führte dann zu Lohn- einbußen. Dazu kam ein Anstieg der *Inflationsrate* für Verbraucherpreise. In Ungarn kam es nur zu einer moderaten Inflation, aber immerhin war sie während des gesamten Transformationsjahrzehnts zweistellig. Auf dem Höhepunkt der Entwicklung, 1991, erreichte sie 35 Prozent. Die Spar- guthaben der Bevölkerung wurden auf diesem Wege deutlich reduziert. Bezogen auf die *Arbeitslosigkeit* war Ungarn zwar eine Ausnahme. In den Wirtschaftsreformen des letzten staatssozialistischen Jahrzehnts war es bereits zu Arbeitslosigkeit gekommen. Trotzdem war der Anstieg der Entlassungen eine unangenehme Überraschung. 1995 erreichte die Arbeitslosenrate 10,2 Prozent. In einigen Gegenden, besonders im Osten des Landes, war sie höher. Während die Rahmenbedingungen der kapitalistischen Wirtschaft in Osteuropa übernommen wurden, stellte sich der Sozialstaat dieser Neu- ankömmlinge als sehr viel schwächer als in den alten Mitgliedsstaaten der EU heraus. Im Jahr 2000 lag die Sozialleistungsquote (soziale Ausgaben des Staates im Vergleich zum Bruttosozialprodukt) in den alten EU- Mitgliedsstaaten bei 27 Prozent. In Ungarn erreichte sie dagegen nur knapp 20 Prozent. Die Reaktion der ungarischen Bevölkerung lässt sich am besten aus einem Vergleich zweier Umfragen des Pew Center von 1991 und 2009 ablesen. Während 1991 noch 80 Prozent der befragten Ungarn einen Über- gang zur kapitalistischen Marktwirtschaft und 74 Prozent von ihnen einen Wandel hin zu einer Mehrparteidemokratie

unterstützten, waren es 2009 nur noch 46 bzw. 56 Prozent. Das war der deutlichste Rückgang der Unterstützung der Transforma- tion in allen befragten ostmitteleuropäi- schen Staaten (Pew Center 2009, S. 30, 38).

Erfolgreiche anti-globalistische Mobilisierung durch Orbán

In einem Video, das ein Autor des britischen „Guardian“ mit seinem ungarischen Vater gedreht hatte, findet sich eine wesentliche Aussage über den Erfolg Viktor Orbáns (John Domokos 2019). Der Vater meinte, bei den gegenwärtigen innenpolitischen Auseinandersetzungen in Ungarn gehe es nicht um „Rechts“ oder „Links“ sondern um die Auseinandersetzung zwischen Globalisten und Nationalisten. Orbán habe es verstanden, die Angst der Ungarn vor dem übermächtigen Einfluss anderer Staaten und mächtiger Konzerne für sich zu nutzen.

Dabei bedeutet die politische Wirksamkeit solcher Deutungen nicht, dass diese Gefahren auch tatsächlich existieren. Das beste Beispiel ist dafür die Kampagne von Fidesz gegen den US-amerikanischen Milliardär George Soros. Soros ist natürlich nicht verantwortlich für die nachwirkenden Härten des Transformationsprozesses. Trotzdem ließen sich die Wähler Orbáns durch die Kampagne gegen Soros angeblichen zerstörerischen Einfluss auf die ungarische Nation mobilisieren.

Literatur

Berend, Ivan T. (2007): Social shock in transforming Central and Eastern Europe, in: Communist and Post-Communist Studies 40, 269-280.

Bohle, Dorothee/Greskovits, Béla (2012): Capitalist Diversity on Europe's Periphery. Ithaca: Cornell University Press.

Domokos, John (2019): John Domokos: Orbán, my dad and me, <https://www.theguardian.com/world/video/2019/jan/28/orban-my-dad-and-me-video> (aufgerufen am 1.2.2019).

Kornai, János (2006): The Great Transformation of Central Eastern Europe. Success and disappointment, in: Economics of Transition 14 (2), 207-244.

Pew Center (2009): Two Decades After the Wall's Fall. End of Communism cheered but now with more reservations, Umfrage vom 3. November 2009, in: <http://www.pewglobal.org/2009/11/02/end-of-communism-cheered-but-now-with-more-reservations/> (aufgerufen am 1.2.2019).

Segert, Dieter (2013): Transformationen Osteuropas im 20. Jahrhundert, Wien: Facultas, UTB.

Segert, Dieter (2018): Eastern Europe after 1989 – a laboratory for the sustainability of “Western democracy?” in: Europejskij Przegląd Prawa I Stosunkow Międzynarodowych, (4) 1, S. 5-17.

Über den Autor

Univ.-Prof. i.R. Dr. Dieter Segert arbeitet zu den Forschungsschwerpunkten Transformation politischer Systeme in Ostmitteleuropa im Vergleich, Politische Geschichte und Erbe des europäischen Staatssozialismus sowie Parteienentwicklung in Osteuropa.

Die Holocaust-Erinnerung und der Systemwechsel 1989/90 in Ungarn

Von Regina Fritz

Am 10. Mai 1989 fand eine denkwürdige Sitzung im ungarischen Parlament statt. Zum 45. Jahrestag des Holocaust gedachten Politiker erstmals seit 42 Jahren „jenen Menschen, die auf Grund ihrer jüdischen Herkunft, auf Grund ihrer Religion verfolgt, bloßgestellt wurden, deren Verlust auch heute noch eine schmerzende Lücke in der Nation hinterlassen hat.“ Damit brach die politische Elite mit jenem öffentlichen Schweigen, das die ungarische Erinnerungskultur seit der kommunistischen Machtübernahme 1948/49 gekennzeichnet hatte. Damals war die öffentliche Erinnerung an den Holocaust an die Überlebenden und ihre Familienmitglieder übergegangen, die mit der Errichtung von Denkmälern und mit halböffentlichen Gedenkfeiern ihren ermordeten Angehörigen und Freunden gedacht hatten. Mit seiner Gedenksitzung am 10. Mai 1989 brachte das Parlament die Auseinandersetzung mit dem Holocaust wieder auf das politische Parkett und setzte damit in die Tat um, was von ihm von Betroffenen, Kulturschaffenden und Intellektuellen bereits seit Jahren eingefordert worden war. Dass die Haltung der ungarischen Politik zum Holocaust und vor allem zur ungarischen Kollaboration bei der Ermordung der einheimischen Juden_Jüdinnen nicht widerspruchsfrei möglich werden würde, zeigte sich jedoch bereits in den folgenden

Monaten mit besonderer Eindringlichkeit.

Die Ausrufung der demokratischen Republik Ungarn am 23. Oktober 1989 und der damit einhergehende Systemwechsel brachten schließlich nicht nur einen politischen Umbruch mit sich, sondern schufen neue Möglichkeiten, über bislang unterdrückte Aspekte der ungarischen Nationalgeschichte öffentlich zu verhandeln. Die oftmals geschichtspolitisch aufgeladenen Debatten um die Bewertung des Friedensvertrags von Trianon 1920, des Horthy-Regimes 1920-1944, der Rákosi-Ära 1948-1953 oder der Revolution von 1956 hatten bald eine Polarisierung der Politik und Öffentlichkeit zur Folge. Dies war nicht zuletzt dem Umstand geschuldet, dass die damals aufflammenden Diskussionen in vielen Fällen mit der Identitätssuche und mit den Legitimationsversuchen der neu aufkommenden politischen Parteien verknüpft waren. Bald entwickelte sich ein Kampf um das politische Monopol über die nationale Erinnerung, der zur Entstehung einer pluralistischen Erinnerungskultur in Ungarn führte. Dabei verstanden die einzelnen politischen Parteien die eigene Geschichtsinterpretation als die „richtige“ und „wahre“ und abweichende bzw. alternative Geschichtsvorstellungen wurden nicht akzeptiert.

Neben den Opfern des Holocaust meldeten sich schon bald andere Opfergruppen zum Wort und verlangten nach politischer Anerkennung: die Opfer der Revolution von 1956 und die Opfer des Stalinismus. Dabei war direkt nach dem Ende des Kommunismus die Beschäftigung mit der kommunistischen

Diktatur, die als eine von außen auferlegte Diktatur interpretiert wurde, ein zentrales gesellschaftliches Anliegen und gleichzeitig wirkungsvolles Mittel der Politik. Dies führte zu einem Konkurrenzverhältnis zwischen den Opfern des Holocaust und des kommunistischen Terrors und trug dazu bei, dass zwischen den beiden Opfergruppen ein Kampf um politische Anerkennung entbrannte.

Gleichzeitig wurde die kritische Bewertung der Jahre 1920 bis 1945 nicht zuletzt durch das Ineinandergreifen der autoritären bzw. diktatorischen Regime des 20. Jahrhunderts erschwert. Personalkontinuitäten nach 1945 und der Umstand, dass die ungarischen Volksgerichte nicht nur Kriegsverbrecher abgeurteilt, sondern auch dem kommunistischen Machtausbau und der Macht-sicherung gedient hatten, stellten massive Herausforderungen für Historiographie und Geschichtspolitik dar. So kam es nach 1989/90 beispielsweise in Zusammenhang mit der Rehabilitierung der Opfer des Kommunismus zu zahlreichen Debatten über die Neubewertung von Volksgerichtsurteilen gegen Kriegsverbrecher die in vielen Fällen neu geprüft wurden.

Dennoch hatte die Auseinandersetzung mit dem Erbe des kommunistischen Regimes auch positive Auswirkungen auf den Umgang mit dem Holocaust. So wurde in Zusammenhang mit der Entschädigung der Opfer der kommunistischen Diktatur die materielle „Wiedergutmachung“ der Holocaustopfer thematisiert. Der erste, im Jahr 1990 ausgearbeitete Gesetzesentwurf

bezog dabei zunächst die Opfer des Holocaust nicht mit ein, die gesetzliche Entschädigungsfrist umfasste lediglich die Jahre seit 1949. Auf Grund dieser Diskriminierung wurde der Entwurf sowohl vom Ministerpräsidenten als auch vom Staatspräsidenten abgelehnt. Bei der ersten Modifikation wurde die Frist schließlich auf die Jahre ab 1939 ausgeweitet und der Vorschlag im Jahr 1992 angenommen. So war Ungarn das erste osteuropäische Land, das für die während des Holocaust erlittenen Leiden Entschädigung gezahlt hat.

Daher kam unmittelbar nach dem Systemwechsel auch den Opfern des Holocaust eine gewisse regierungspolitische Aufmerksamkeit zu. Die politischen Auseinandersetzungen regten zahlreiche ernstzunehmende historische Untersuchungen über die Zeit zwischen 1920 und 1945 an, in denen die bisher in Ungarn gültigen Vergangenheitsdeutungen kritisch hinterfragt wurden. Auch die Teilnahme zahlreicher hoher politischer Repräsentanten an jüdischen Gedenkfeierlichkeiten für die Opfer des Holocaust illustriert die Bedeutungszunahme der Holocausterinnerung, die sich bereits in den 1980er Jahren gezeigt hatte. So nahmen beispielsweise im Jahre 1990 sowohl der Staats- als auch der Ministerpräsident an der Einweihung eines Denkmals für die Opfer des Holocaust auf dem Gebiet des ehemaligen Budapester Ghettos teil. Ministerpräsident József Antall verwies in seiner damaligen Rede auf die besondere Tragik der Ereignisse, betonte aber gleichzeitig, „dass dies nicht die Schuld aller Menschen war [...] und nicht

jeder Teil davon war.“ Gleichzeitig erinnerte Antall an die „Goldene Ära“ der ungarischen Juden in der Österreich-Ungarischen Monarchie (1867-1914), an den Beitrag der ungarischen Gesellschaft dazu, dass Ungarn zu einer „Oase, in die hunderttausende von Juden kamen“ werden konnte, bzw. daran, dass bis zum deutschen Einmarsch in Ungarn im März 1944 die große jüdische Gemeinde in relativer Sicherheit leben konnte. Damit blendete er nicht nur die diversen Gesetze und Verordnungen aus, die Personen jüdischer Herkunft aus dem ungarischen gesellschaftlichen Leben seit 1920 schrittweise hinausdrängten und zunehmend ihrer Existenzgrundlage beraubten, sondern auch jene antijüdischen Maßnahmen, die mehrere zehntausend Juden bereits vor 1944 der Verfolgung, Deportation bzw. Ermordung preisgaben.

So blieb ein Bekenntnis zu Mitverantwortung auch nach dem Systemwechsel aus, obwohl mit dem Entschädigungsgesetz aus dem Jahr 1992 die ungarische Verantwortung am Holocaust eindeutig ausgesprochen wurde. Bemerkenswert bleibt der Versuch Antalls, den Holocaust in ein gesamtungarisches Narrativ einzufügen. In seiner Rede bei der Einweihung des Denkmals für die Opfer des Holocaust auf dem Gebiet des ehemaligen Budapester Ghettos hob Antall das Leiden der ungarischen Mehrheitsbevölkerung unter der kommunistischen Diktatur hervor und betonte, dass dies ein gemeinsames Trauern ermöglichen würde, womit die Trennung zwischen Juden und Nichtjuden aufgehoben

werden könne: „Die Diktaturen ähneln einander. Sie rechnen nicht mit den Menschenrechten, sie rechnen nicht mit den menschlichen Verpflichtungen und mit den Gesetzen. Genau aus diesem Grund muss diese gemeinsame Tragödie in diesem gemeinsamen Gedenken endlich jeglichen Gegensatz auflösen, welche das Judentum und das Christentum auseinander stemmt, und es muss daran erinnert werden, was in ihren Wurzeln gemeinsam ist [...] wie auch hier und jetzt unsere Schmerzen gemeinsam sind.“ Und er fügte hinzu, dass „wir uns an ihre Märtyrer genauso erinnern, als wären sie unsere, weil wir sie als unsrige empfinden.“ Die Aufhebung des Bruchs im jüdisch-nichtjüdischem Zusammenleben suchte er zu erreichen, indem er das Gemeinsame am Leiden hervorstrich. Entsprechend ist die von ihm gezogene Parallele zwischen dem kommunistischen Terror und dem Holocaust zu verstehen: „Wir denken, dass die furchtbare historische Tragödie des Judentums im Jahre 1944-1945 deshalb passiert ist, und das ungarische Volk unabhängig von den Regierungen und von den Diktaturen seine Solidarität nur deshalb nicht besser zum Ausdruck bringen konnte, weil es von einer tragischen Ära in eine andere fiel. Auf Druck und unter Lenkung der hier, in das Karpatenbecken kommenden fremden Macht, kamen nach der das ungarische Judentum treffenden Tragödie erneut Hunderttausende in Konzentrationslager, Gefängnisse, wurden ausgesiedelt und es kam zu einer neuen Serie von Ungerechtigkeiten.“

Für Antall diente also die gemeinsame Erinnerung an die Opfer des Holocaust und des kommunistischen Terrors – anders als nach 1998 – nicht einer Gleichsetzung der Opfer oder einer Relativierung des Holocaust, sondern einer Integration der Holocausterinnerung in die ungarische Erinnerungskultur. Antall glaubte durch die Hervorstreichung des Gemeinsamen Juden und Nichtjuden zusammenführen zu können.

Dass es schließlich dennoch nicht gelang, den Bruch im jüdisch-nichtjüdischen Zusammenleben aufzuheben, lag schließlich am fragwürdigen Verhältnis der konservativen Eliten zum Horthy-Regime begründet, das bereits in der Zeit der Antall-Regierung (1990-1993) erste Konturen in der Politik annahm. Den Jahren 1920 bis 1944 wurde dabei eine sinnstiftende Bedeutung zugesprochen, und sie wurden von den konservativen Parteien als ein Zeitabschnitt der nationalen Einheit und Unabhängigkeit Ungarns interpretiert. Ausgeblendet wurden dabei nicht nur die autoritären Züge, sondern auch der diskriminierende Charakter des Regimes unter Reichsverweser Miklós Horthy, das hunderttausende seiner Staatsbürger entrechtet und verfolgt hatte.

Problematisch erwies sich dabei nicht nur die Romantisierung und Mystifizierung der Horthy-Ära, sondern auch die Rehabilitierung der Person des Reichsverwesers selbst, die die Rückführung der sterblichen Überreste Horthys und seiner Familie aus Portugal und ihre Wieder-Bestattung im ungarischen Kenderes im September 1993 deutlich illustriert. Zunächst war

die Regierung darum bemüht, eine Politisierung der Beisetzung zu vermeiden. Ministerpräsident József Antall äußerte sich in einer Parlamentssitzung: „Die historische Einschätzung von Miklós Horthy, seine gerechte, den historischen Tatsachen entsprechende, aber offensichtlich aus unterschiedlichen politischen Gesichtspunkten stattfindende Prüfung ist keine Regierungsfrage. Sie ist keine Gerichtsfrage, sondern die noch zu erfüllende Aufgabe der Geschichtswissenschaft [...]“. Damit erkannte Antall – vom Beruf Historiker – die noch ausstehende Notwendigkeit der kritischen, historischen Bewertung des Horthy-Regimes. Er plädierte dafür, dass diese durch die Geschichtsforschung und nicht durch die Politik vorgenommen werde. Dennoch wurde die Wieder-Bestattung schließlich zu einem Politikum. Dass es so weit kam lag nicht zuletzt an der konservativen Regierung selbst. Die staatliche Münzanstalt gab nicht nur einen Gedenktaler heraus, sondern zahlreiche Regierungsmitglieder nahmen auch inoffiziell, als „Privatpersonen“, an der Beisetzung teil. Historiker kritisierten, dass mit diesem Schritt auf konservativer Seite eine Neubewertung des Horthy-Regimes vorgenommen wurde, worauf auch zahlreiche Wortmeldungen hinweisen, in denen Horthy zum „antikommunistischen Helden“ stilisiert und der Kriegseintritt mit dem notwendigen Kampf gegen den Bolschewismus gerechtfertigt wurde.

So verpasste die politische Elite nach dem Systemwechsel die Möglichkeit, die kritische Bewertung des autoritär-konservativen

Lernen aus der ■ Geschichte ■

Zur Diskussion

Regimes unter Reichsverweser Horthy und die offene Konfrontation mit dem Holocaust anzuregen und ebnete damit den Weg zur Externalisierung der Verantwortung für Krieg und Verfolgung, die die ungarische Geschichtspolitik bis heute kennzeichnet.

Über die Autorin

Dr. Regina Fritz arbeitet als Assistentin für Neueste Allgemeine und Osteuropäische Geschichte am Historischen Institut der Universität Bern.

Die Situation von Rom_nja in Ungarn

Von Ingolf Seidel

Am 21. Juni 2008 begann eine Anschlag- und Mordserie auf ungarische Rom_nja im Dorf Galgagyörk, 50 Kilometer von Budapest entfernt, mit Schüssen auf drei von Roma bewohnte Häuser. Bei dieser Tat wurden noch keine Menschen verletzt. Insgesamt jedoch töteten die der extremen Rechten zuzurechnenden Täter sechs Menschen und verletzten 55 weitere, bis die vier Täter im August 2009 verhaftet wurden. Ihre letzten Opfer waren Mária Balogh und ihre damals 13-jährige Tochter Tímea. Die Mörder waren in der Nacht vom 3. August 2009 in das Haus im Dorf Kisléta eingedrungen, in dem die beiden Frauen wohnten und hatten mit Schrotflinten auf die Schlafenden geschossen. Mária Balogh starb, während ihre Tochter schwer verletzt überlebte (vgl. Spiegel Online 2018). Die ungarische Gesellschaft nimmt die Hassverbrechen und das Leiden der überlebenden Opfer bis heute kaum wahr. Dabei existiert „ähnlich wie im Falle der NSU-Morde in Deutschland auch bei der Roma-Mordserie in Ungarn eine staatliche Mitverantwortung“ (Deutsche Welle 2018). Trotz des herausragenden Charakters der Verbrechenserie 2008/2009 stellt sie nur die Spitze eines Eisberges dar, dessen Grundlage ein in weiten Teilen der ungarischen Nicht-Roma-Gesellschaft vorhandener Rassismus gegen Rom_nja ist. Dieser Antiziganismus zielt auch staatlicherseits auf eine Ausgrenzung der Minderheit, häufig unter

dem Deckmantel von Armutsbekämpfung durch Vertreibung. In der Stadt Ózd, in der 2015 die extrem rechte Partei Jobbik den Bürgermeister stellte, zielte dessen Politik darauf ab, die ortsansässigen Roma zu vertreiben - immerhin ein Drittel einer Bevölkerung von 34.000 Menschen. Dies sind nur zwei Beispiele für antiziganistisch motivierten Hass auf ungarische Rom_nja seitens der Dominanzgesellschaft.

Jahrhundertelange Präsenz von Rom_nja

Dabei hat die Anwesenheit von Rom_nja hat in Ungarn, wie in anderen mittel- und osteuropäischen Ländern, eine jahrhundertelange Tradition und sie bilden die größte ethnische Minderheit. In das Gebiet des heutigen Ungarn wanderten Rom_nja im 15. Jahrhundert ein – eine genaue Datierung besteht nicht – und erhielten teilweise Schutz- bzw. Geleitbriefe. Der wohl erste dieser Art stammt von König Sigismund und ist auf den April 1423 datiert. Roma waren also anfangs im Königreich Ungarn durchaus willkommen. Ihre Fähigkeiten zur Metallverarbeitung und in der Waffenherstellung waren wegen der Kriege mit dem Osmanischen Reich geschätzt. Bereits jedoch die Habsburger Doppelmonarchie betrieb eine Assimilationspolitik, die auf Zwangsansiedlungen von Roma beruhte. Statt der anvisierten Assimilation erfolgte jedoch eine Segregation von Rom_nja in ghettoähnlichen Wohngebieten, die sich bis in die Gegenwart am Rande von Ortschaften und Städten befinden. Zudem wurden Berufe, in denen Rom_nja tätig waren, durch

die fortschreitende Industrialisierung abgeschafft oder mechanisiert, womit die Existenzgrundlage der Minderheit bedroht war. Des Weiteren nahmen vor allem die alteingesessenen Romungrók, die 70 Prozent der ungarischen Rom_nja ausmachen, das Ungarische als Hauptsprache an, während die zweitgrößte Gruppierung, die Caco Rom, vorwiegend das Romanes beibehalten hat. Gleichzeitig erfuhren Teile der Lebensweise der Rom_nja eine Romantisierung. Dies gilt in erster Linie für die Musik.

So entstand beispielsweise im 18. Jahrhundert der „zur Anwerbung von Rekruten verwendete Werbetanz aus einer Mischung unterschiedlichster folkloristischer Elemente mit dem Stil der österreichischen bzw. italienischen Kunstmusik, wurde aber, entgegen seiner Herkunft, als alte ungarische Volksmusik angesehen“ (Österreichisches Musiklexikon online). Der Werbetanz (Verbunkos) wurde durch Roma für Gadže, also für Nicht-Rom_nja, bei der Anwerbung von Soldaten gespielt. Klaus-Michael Bogdal hält fest, dass die Musik „Teil einer Inszenierung patriotischer Gesinnung“ (Bogdal 2014: 230) wurde bei der die Roma als Musiker_innen als unverzichtbar galten, während sie „von den Handlungen, zu denen sie aufrufen, in der Regel ausgeschlossen“ (ebda.) blieben. Mit der reduzierenden Festschreibung von Roma als „Zigeunermusiker“, die noch dazu als vormodern wahrgenommen wurden, entstand ein bis heute wirksames Stereotyp. Obwohl der Status ungarischer Rom_nja im Vergleich zum restlichen Europa besser war, erfuhren sie keine reale

gesellschaftliche Teilhabe.

Die Verfolgung von ungarischen Rom_nja während des Zweiten Weltkrieges setzte nicht erst mit der deutschen Besetzung des Landes im März 1944 ein. Bereits das seit 1920 bis zur Besetzung andauernde Regime von Reichsverweser Miklós Horthy bedeutete für die Rom_nja-Minderheit polizeiliche Erfassung, Razzien, Ghettoisierung, Zwangsarbeit und Zwangssterilisierungen. Die Verfolgung erfuhr jedoch mit dem deutschen Einmarsch eine mörderische Dynamik, die „vorrangig durch die ungarische Gendarmerie, durch Pfeilkreuzler und Soldaten ausgeführt“ (Weikersthal 2008: 298) wurde. Weikersthal sieht auf der ungarischen Seite bezüglich der Vernichtung der Roma sogar die Rolle der Initiatoren (ebda.). Wie viele Rom_nja durch deutsche Besatzer, ungarische Gendarmen und Pfeilkreuzler ermordet wurden ist schwer zu beziffern. Die geschätzten Opferzahlen liegen zwischen einigen tausend und mehreren zehntausend Menschen.

Assimilierungspolitik im Staatssozialismus

Die Befreiung durch die Rote Armee rettete zahlreichen Roma das Leben. Allerdings war die Politik des an der Sowjetunion orientierten autoritären, staatssozialistischen Nachkriegsregimes nicht darauf ausgerichtet den nationalsozialistischen Völkermord an den Roma als solchen zu benennen und zu erinnern, oder gar die ungarische Tatbeteiligung aufzuarbeiten. Das staatssozialistische Ziel bestand in einer erneuten

Assimilierungspolitik gegenüber der Minderheit. Dementsprechend galten Rom_nja in Ungarn nicht als nationale Minderheit, ein Status, der ihnen politische Organisation erlaubt hätte. Die Repräsentation erfolgt durch Woiwoden, die regional aus meist einflussreichen Roma-Familien gewählt wurden. Der weniger privilegierten Status einer ethnischen Minderheit wurde den Rom_nja erst Ende der 1970er Jahre zuerkannt. Dies ging immerhin mit der Möglichkeit einher, legal kulturelle Vereinigungen und Clubs zu betreiben und eigene Traditionen zu beleben.

In den Grundzügen zielte die staatliche Politik darauf, Rom_nja unter Zwang sesshaft zu machen und sie entsprechend der sozialistischen Arbeitsdoktrin in den Produktionsprozess einzugliedern. „Dies wurde bis Ende der 1980er Jahre in weiten Teilen auch erreicht: Ende der 1980er Jahre waren 85 Prozent der männlichen Roma beschäftigt. Dass der gesellschaftliche Aufstieg trotzdem nur Wenigen gelang, lag an der im Hinblick auf die Roma-Minderheit desolaten sozialistischen Bildungspolitik, die die Roma systematisch von einem gleichberechtigten Zugang zu Bildung ausschloss. Nur wenige Roma verfügten über eine Berufs- oder Facharbeiterausbildung. Die meisten von ihnen waren als ungelernte Arbeiter am Bau oder in der staatlichen Industrie und den landwirtschaftlichen Kooperativen in den unteren Einkommensgruppen beschäftigt.“ (Kehl 2014). Bereits die staatssozialistische Regierung kannte die Praxis Roma-Kinder in Sonderschulen oder Sonderklassen

auszusondern. Die Segregation bildete auch nach dem demokratischen Umbruch eines der wesentlichen Probleme für die Bildungssituation von Roma-Kindern. Bis heute fehlt es aufgrund fehlender Aufstiegschancen an Erzieher_innen und Lehrer_innen, die selbst Roma sind.

Transformation

Der Umbruch 1989/90 berührte auch die Situation der Roma-Minderheit. Die ab 1990 regierende konservative Koalition von Ministerpräsident József Antall schuf das „Amt für nationale und ethnische Minderheiten“ und erkannte per Gesetz 1993 Rom_nja als Minderheit an. Mit dem Minderheitengesetz erhielten insgesamt dreizehn gesellschaftliche Gruppen den Status als Minderheiten, darunter als größte Gruppe ca. 400.000 Rom_nja. Mit dem Minderheitengesetz wurde ein System lokaler Selbstverwaltungen geschaffen, mit dem die politischen Ziele und Rechte besser repräsentiert werden sollten. In der Praxis waren jedoch die Minderheitenselbstverwaltungen der Rom_nja „aufgrund mangelnder personeller und finanzieller Ressourcen und dem niedrigen Bildungsstand ihrer Repräsentanten als wenig erfolgreich. Im Mittelpunkt der Arbeit der lokalen Roma-Vertretungen standen kulturelle und bildungspolitische Inhalte“ (Wissenschaftliche Dienste 2007: 14). Häufig jedoch bemühten sich die Roma-Selbstverwaltungen darüber hinaus, das wirtschaftliche und soziale Elend zu lindern. Im Gegensatz zu anderen Minderheiten, beispielsweise der deutschen, konnten die Rom_nja nicht auf finanzielle Unterstützung eines Staates

hoffen. Erschwerend kam hinzu, dass in den Minderheitenselbstverwaltungen Rom_nja aus den vier, oft konkurrierenden, Gruppen zusammenarbeiten mussten – der Preis für eine Außenwahrnehmung, nach der Roma eine homogene Gruppe darstellen. Von der Dominanzgesellschaft jedoch wurden kulturelle Aktivitäten von Rom_nja häufig abgelehnt, während die Minderheit gleichzeitig für den Zusammenbruch des alten Systems und den daraus folgenden Unsicherheiten verantwortlich gemacht wurden.

Mit dem Übergang in die Marktwirtschaft wurden die ehemaligen Großindustrien privatisiert, häufig als unrentabel abgewickelt sowie der staatliche Agrarsektor abgeschafft. Stärker als die restliche Bevölkerung waren die schlecht ausgebildeten Roma von den Umwälzungen betroffen. Sie gehörten meist zu den ersten, die ihren Arbeitsplatz verloren (vgl. Kehl 2014). Ende der 1990er-Jahre hatten nur noch 29 Prozent der männlichen Roma eine feste Lohnarbeit, in der männlichen Gesamtbevölkerung waren es 64 Prozent. Noch schlechter war zu diesem Zeitpunkt die Lage der Romnja, also der Roma-Frauen. Von ihnen waren nur 15 Prozent in Lohnarbeit, im Vergleich zu 66 Prozent der weiblichen Nicht-Roma (vgl. Barley/Hartleb 2009). Auch die Wohnsituation der Mehrzahl der Rom_nja wurde während des Transformationsprozesses prekärer. Wer es sich finanziell leisten konnte, suchte eine Wohnung am Rand der Städte, während die nun privaten Immobilieneigentümer_innen Innenstadgebiete, in denen Rom_nja lebten, verfallen ließen bzw. in lukrative

Büroräume investierten.

Bereits 1998 konstatierte Brigitte Mihok „Es ist nicht zu übersehen, dass der Großteil der Roma zu den Verlierern der Transitionsprozesse gehört“ (zit. n. Wissenschaftliche Dienste 2007: 8). Eine Besserung der Situation der Minderheit ist kaum in Sicht, zumal mit der 2003 gegründeten extrem rechten Partei Jobbik eine Partei entstanden ist, die dem grassierenden Antiziganismus eine politische Vertretung geschaffen hat. Deren paramilitärischer Flügel „Ungarische Garde“, bzw. nach deren Verbot im Jahr 2009 „Neue ungarische Garde“, marschierte in der Vergangenheit immer wieder durch Roma-Viertel, um die Bevölkerung einzuschüchtern – was in einigen Fällen am Widerstand von Roma scheiterte.

Auch, wenn der zunehmend autokratischer regierende Ministerpräsident Viktor Orbán „in der Roma-Gemeinschaft eine Ressource“ (Hille 2018) sieht und seine Partei Fidesz sich gerne als Rom_nja-freundlich präsentiert, hat sich seine Regierung bisher weder mit substanziellen Initiativen zur Verbesserung der Lebenssituation hervorgetan, noch hat sich am Unwillen von Polizei und Justiz Hassverbrechen gegen Roma konsequent zu verfolgen etwas geändert.

Literatur

Melani Barley/Florian Hartleb: Die Roma in Ungarn, in: Aus Politik und Zeitgeschichte (apuz 29-30/2009) 6.7.2009, <http://www.bpb.de/apuz/31854/die-roma-in-ungarn?p=all>.

Klaus-Michael Bogdal: Europa erfindet die Zigeuner. Eine Geschichte von Faszination und Verachtung. Berlin 2014.

Deutsche Welle: Roma-Mordserie in Ungarn. Ein vergessenes Hassverbrechen. 02.08.2018, <https://www.dw.com/de/roma-mordserie-in-ungarn-ein-vergessenes-hassverbrechen/a-44921942>.

Zita Hille: Orbán: Wir sehen in der Roma-Gemeinschaft eine Ressource. Budapest Zeitung 4.2. 2018, <https://www.budapester.hu/2018/02/04/orban-wir-sehen-der-roma-gemeinschaft-eine-ressource>.

Jara Kehl: Zur aktuellen Situation der Roma in Ungarn. 1.6.2014, <http://zentralrat.sinti-undroma.de/jara-kehl-zur-aktuellen-situation-der-roma-in-ungarn/>.

Österreichisches Musiklexikon online: „Zigeunermusik“, https://www.musiklexikon.ac.at/ml/musik_Z/Zigeunermusik.xml.

Spiegel Online: Roma-Morde in Ungarn. Das vergessene Verbrechen. 21.7.2018, <http://www.spiegel.de/politik/ausland/roma-mordserie-in-ungarn-ein-vergessenes-verbrechen-a-1217872.html>.

Felicitas Fischer von Weikersthal: „Den Tag ihr guten Brüder, sollt ihr nie vergessen!“ Gedenken an Verfolgung und Vernichtung in der Bildenden Kunst ungarischer Roma, in: Felicitas Fischer von Weikersthal /Christoph Garstka/Urs Heftrich/Heinz-Dietrich Löwe (Hrsg.): Der nationalsozialistische Genozid an den Roma Osteuropas: Geschichte und künstlerische Verarbeitung. Köln Weimar Wien 2008.

Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Bundestages: Zur Situation der Roma-Kinder in Ungarn unter besonderer Berücksichtigung der Bildungssituation. Berlin 2007.

ORBÁN

Von István Tóth

Bei den Wahlen zum Europäischen Parlament 2014 gibt es deutliche Unterschiede. Der allgemeine politische Trend in Ungarn zeichnet sich durch eine deutliche Rechtsverschiebung aufgrund des halbdiktatorischen »Fidesz«-Regimes aus.

Am 8. April 2018 wurde Viktor Orbán in eine dritte Amtszeit in Folge wiedergewählt, nachdem seine rechte »Magyar Polgári Szövetség« (»Fidesz – Ungarischer Bürgerbund«, Fidesz) 48 Prozent der Stimmen gewonnen hatte, was für eine Zweidrittelmehrheit im Parlament ausreichte. Die »Fidesz« und die mit ihr verbündete »Kereszténydemokrata Néppárt« (»Christlich-Demokratische Volkspartei«, KDNP) gewannen 133 von 199 Sitzen. Die »Magyarországért Mozgalom« (»Bewegung für ein besseres Ungarn«, Jobbik) erhielt 26 Mandate. Dies bedeutet, dass im neu gewählten ungarischen Parlament 159 Sitze von der Rechten und der extremen Rechten besetzt werden.

Es war ein entscheidender Sieg und eine Bestätigung für Orbán. Er ist in den letzten Jahren öffentlich mit der EU aneinandergeraten und ein Wegbereiter des illiberalen Ultranationalismus geworden, der nicht nur in Mittel- und Osteuropa, sondern auch im gesamten Westen populär ist. Orbáns Wahlmanifest bestand nur aus einem Satz: »Wir werden so weitermachen wie bisher.« Seine Botschaften an die Ungarinnen lauteten: rassistische Propaganda, Fremdenfeindlichkeit, keine Flüchtlinge,

Anti-Soros-Kreuzzug, Verteidigung des europäischen Christentums und Antikommunismus. Und diese Botschaft verfängt; das Meinungsforschungsinstitut »Medián« führte im September eine Befragung im Auftrag des Budapester Analyseinstituts »Political Capital« aus. Ergebnis war, dass 40 bis 50 Prozent der Befragten Verschwörungstheorien – auch antisemitischen – Glauben schenken. Orbán hat keine Interviews gegeben und an keiner Debatte teilgenommen. Sein Sieg ist ein Produkt verschiedener Faktoren, wie der Schwächung des liberaldemokratischen Systems, dem Erfolg der Anti-Migrationsplattform und der äußerst starken Zersplitterung der Opposition. Orbáns jüngster Wahlerfolg hat seine Position in Brüssel gestärkt, wo »Fidesz« Teil der christdemokratischen »Europäischen Volkspartei« (EVP) ist, der größten Fraktion im Europäischen Parlament.

Weg zum Erfolg

Der erste Faktor für den wiederholten Wahlsieg von »Fidesz« 2018 war eine allgemeine Desillusionierung der Sparpolitik der sozialistischen Regierung vor 2010 sowie die Umformulierung der demokratischen Regeln durch »Fidesz«, die Verabschiedung einer neuen Verfassung, die Änderung der Wahlgesetze und die Kontrolle über unabhängige Medien.

Der zweite Faktor für Orbáns Sieg war, dass Migration nach wie vor ein entscheidendes Thema ist. Seit Beginn der europäischen »Migrationskrise« Ende 2015 war diese an die Spitze aller Probleme in Ungarn gerückt.

In diesem Zusammenhang waren die Entscheidung von Orbán, die ungarische Grenze zu schließen, und sein anhaltender Widerstand gegen die EU-Forderungen nach Aufnahme von Geflüchteten politisch populär. Anti-Migrations-Politik und -Rhetorik haben sich als besonders wirksames Instrument für die Mobilisierung von Wähler_innen mit geringer Bildung erwiesen, vor allem in ländlichen Gebieten und in anderen Städten als Budapest. Orbán konnte seine Basis erfolgreich davon überzeugen, dass nur er und seine Regierung sie und das Land schützen können: vor der »muslimischen Invasion« und vor Brüssel, George Soros, den westlichen Liberalen und nicht zuletzt den Vereinten Nationen.

Der dritte Hauptfaktor für Orbáns Erfolg ist seine Fähigkeit, die Rechte zu einer Zeit vereint zu haben, in der die Opposition schwach und gespalten ist. Mittels wirtschaftlichem und kulturellem Nationalismus hat er sein Lager über nahezu zwei Jahrzehnte zusammengehalten und mehr als zwei Millionen Wähler_innen fest an »Fidesz« gebunden. 2009 legte Orbán seine Vision vor, in der »Fidesz« jahrzehntelang an der Macht bleiben könnte, wenn sie sich als »zentrale politische Kraft« etablieren kann. Die Opposition wird in diesem Planspiel in extrem linke und rechte Blöcke aufgeteilt. Nach dem Zusammenbruch der sozialistischen MSZP und dem Aufstieg des extrem rechten »Jobbik« während der Parlamentsperiode 2006–2010 bewahrheitete sich Orbáns Prophezeiung und »Fidesz« wurde die einzige große Partei in der

ungarischen politischen Landschaft.

Unvorhergesehenes

Am 8. Dezember 2018 begannen die Gewerkschaften mit einer Welle von Massendemonstrationen gegen die geplanten Änderungen des Arbeitsgesetzes, das als »Sklavengesetz« bezeichnet wird. Dazu gehört auch die Erhöhung der Höchstzahl an Überstunden, die Arbeitnehmer_innen pro Jahr leisten können sollen: von 250 auf 400 Stunden sowie die Lockerung anderer Arbeitsgesetze. Arbeitgeber_innen solle es möglich sein, aufgelaufene Überstunden innerhalb von drei Jahren anstelle von bisher lediglich einem Jahr abzurechnen. Eine weitere Änderung ermöglicht es ihnen, direkt mit den Arbeitnehmer_innen Überstundenabsprachen zu vereinbaren, indem Tarifverträge und Gewerkschaften übergangen werden. Die Massendemonstrationen in Budapest und in anderen Städten waren die heftigsten seit »Fidesz« 2010 wieder an die Macht gekommen ist. Die Proteste wurden von den bisher gespaltenen Gewerkschaften und Oppositionsparteien (einschließlich »Jobbik«) und Student_innen angeführt.

Am 12. Dezember wurden die Änderung des Arbeitsgesetzes und anderer umstrittener Gesetze unter chaotischen Szenen verabschiedet, als Oppositionsabgeordnete versuchten, das Podium des Parlaments zu blockieren, um deutlich zu machen, dass das Abstimmungsverfahren vollständig gegen die Hausordnung verstoße und ungültig sei.

Bewegung bei der extremen Rechten

Seit 2014 wurde von dem ehemaligen

Vorsitzenden und Gründer der »Ungarischen Garden« Gábor Vona, die Transformation von »Jobbik« von einer faschistischen zu einer rechts-konservativen Partei initiiert. Damit würde »Jobbik« in die Mitte rücken und neues Stimmenpotential erschließen – wahrscheinlich auf Kosten von »Fidesz«.

Das findet sich auch im Wahlprogramm wieder. Es trägt den Titel »Sicheres Europa, freies Ungarn!«. Darin wird Wert gelegt auf die »Gewährleistung der Sicherheit, Bewältigung der Migrationsherausforderung, Fokussierung auf die Verringerung des Lohngefälles, Schaffung eines echten Zusammenhalts, Beitritt zur Europäischen Staatsanwaltschaft, Bekämpfung von Fake News und Schutz der endemischen nationalen Minderheiten Europas.« Weiterhin hieß es: »Im Gegensatz zu Fidesz, die eindeutig einen strategischen Schwerpunkt auf die Konfrontation mit der EU und die Herausführung Ungarns aus dieser gelegt hat, strebt Jobbik eine nahtlose Funktion der EU an. Ungarn soll demokratischer und freier werden, ein Land das seinen Bürgern Sicherheit und Berechenbarkeit garantiert.« Anfang Februar 2019 sollen die Wahllisten veröffentlicht werden.

Vonas Initiative blieb nicht ohne Widerspruch. Mitte 2017 trat eine neue nationalistische Koalition an der rechten Seite von Ungarn auf, bestehend aus »Betyársereg« (»Armee der Gesetzlosen«, einer militanten nationalistischen Gruppe und »patriotischen Sportbewegung«) sowie zwei weiteren Gruppen, dem »Érpataki Modell Országos

Hálózata« (»Érpatak nationweites Netzwerk«) und dem Verein »Identitárius Egyetemisták Szövetsége-Identitesz« (»Identitárius für Hochschulstudenten«).

Auch aus den Reihen unzufriedener »Jobbik«-Mitglieder ist eine neue radikal-nationalistische politische Kraft, »Mi Hazánk Mozgalom-MHM« (»Unsere Landbewegung«; MHM), hervorgegangen. Treibende Kraft ist László Toroczkai, ein ehemaliger stellvertretender Vorsitzender von »Jobbik« und Bürgermeister von Ásotthalom, den die Partei Anfang Juni ausgeschlossen hatte. Toroczkai ist ein politischer Opportunist und radikaler Nationalist. Zu Beginn der neuen Bewegung forderte er ein »weißes Ungarn« und »die Tricolor statt eines verschmierten Regenbogens«. Toroczkai möchte »Antworten auf wirkliche soziale Probleme«, einschließlich der abnehmenden Geburtenrate Ungarns sowie »der Frage der Einwanderung und Emigration, dem Verhältnis von Ungarn und der EU und der Koexistenz von Ungarn und Zigeunern«.

Der ehemalige stellvertretende Vorsitzende von »Jobbik«, Előd Novák, sowie die ehemalige Sprecherin, Dóra Dúró, schlossen sich ebenfalls der MHM an. Nach seinem Ausschluss aus der Parlamentsfraktion gab es wenig Zweifel, dass János Volner, Vizepräsident von »Jobbik«, zusammen mit István Apáti und Erik Fülöp seinen Austritt aus der Partei bekannt geben würde. Keiner von ihnen hat seine parlamentarischen Mandate zurückgegeben. Es war nur eine Frage der Zeit, bis das Trio zu MHM kam. In der Ankündigung seines Austritts

bekräftigte Volner, dass »Jobbik« eine inakzeptable »linksliberale Wende« vollzogen habe. Laut Volner fehlt »Jobbiks« bis heute ein »politischer Fokus«. Während die Durchschnittsperson über die Schwerpunkte von »Fidesz« Bescheid wusste (Migration 2018, Senkung der Staatskosten 2014), hatte Vonas Partei diese Botschaft seit acht Jahren nie klarstellen können. Derzeit bemüht Dúró sich darum, die Hausordnung des Parlaments zu ändern, um die Gründung einer MHM-Fraktion zu ermöglichen. Diese existierte zum Zeitpunkt der ungarischen Parlamentswahlen nicht.

Von der MHM geht im Moment kaum eine echte Konkurrenz bei der EU-Wahl aus. »Fidesz« baut darauf, dass die neuen extrem Rechten zu einer Schwächung von »Jobbik« führen. Letztendlich ist in einer Nachbarschaft, in der der Widerstand gegen Migration ein alltägliches und beliebtes Thema ist, wenig aufregender als das, was von Orbán täglich gesagt wird.

Redaktionelle Anmerkung

Dieser Text wurde zuerst im antifaschistischen Magazin »der rechte rand« Ausgabe 176 - Januar / Februar 2019 veröffentlicht. Wir danken den Kolleg_innen sowie dem Autor für die Gelegenheit zur Zweitveröffentlichung.

Unterm Messer. Der illiberale Staat in Ungarn und Polen

Von Lucas Frings

In der OSTEUROPA-Ausgabe vom Juli 2018 mit dem Titel „Unter Messer. Der illiberale Staat in Ungarn und Polen“ widmen sich die Autor_innen den Einschränkungen von Gewaltenteilung und Medien, den Regierenden der Länder und dem Verhältnis der beiden Staaten zur EU. In der hier vorliegenden Rezension liegt der Fokus, entsprechend dem Thema der LaG-Ausgabe, auf Ungarn.

Im ersten Beitrag analysiert Ellen Bos, wie die Regierung unter Viktor Orbán kontinuierlich das politische System umstrukturiert hat, wobei am Ende mehr Macht bei der Exekutive liegt. Dazu zählen maßgeblich die Verfassungsänderung 2011 und nachfolgende Änderungen am Grundgesetz, stets mit dem Ziel die Kompetenzen der Verfassungsgerichtsbarkeit einzuschränken, sowie die Kontrolle der öffentlich-rechtlichen Medien durch das Mediengesetz 2011. Weitere Gesetze zielen ganz offensichtlich auf George Soros und die von ihm gegründete Stiftung und Universität ab. Nicht nur durch Gesetze, auch durch Neubesetzungen von Schlüsselpositionen in Staat, Justiz, Kultur und Medien festigte die Orbán-Regierung ab 2010 ihre Macht. Erhellend ist dabei, wie Fidesz und Orbán bereits ab ihrer Wahlniederlage 2002 die Strukturen für einen solchen Umbau vorbereitet haben. Als weitere Elemente des „System Orbán“ benennt Bos stimmungsmachende Meinungsumfragen

und die Heraufbeschwörung eines permanenten Ausnahmezustandes durch Bedrohungen von innen und außen. Ihre Beschreibung eines zunehmend antipluralistischen und illiberalen Staates bietet eine gelungene Analyse und Grundlage für das gesamte Heft.

An die Meinungsumfragen, sogenannte Konsultationen, und das Feindbild Soros knüpft Peter Frank in seiner Beschäftigung mit Fremdenfeindlichkeit in Orbáns Kampagnen an. So führte die Regierung 2015 eine Umfrage „über Einwanderung und Terrorismus“ durch, 2017 folgte eine „Befragung zum Soros-Plan“. Neben den manipulativ-suggestiven Fragen dienen vor allem die begleitenden Werbeanzeigen, finanziert durch staatliche Gelder, zur Stimmungsmache. Die Themen, Migration und „ausländischer Einfluss“ setzen sich auch im regulären Wahlkampf fort, wie Frank mit Werbeplakaten illustriert.

Im Überkapitel „Elemente“ nehmen gleich mehrere Beiträge einen Vergleich zwischen Ungarn und Polen vor. Kai Olaf-Lang bezeichnet die Parteien PiS und Fidesz als „zweieiige Zwillinge“, mit vielen Parallelen aber auch Unterschieden. So verläuft ihr Umbau von Staat und Gesellschaft unter traditionalistischer und völkischer Argumentation ähnlich, die Demokratie ist für sie eine Mehrheitsherrschaft ohne ausgeprägte Gewaltenteilung und die Sicherung der eigenen Grenzen hat hohe Priorität. Der Erfolg der Fidesz sei auch Vorbild für die PiS in Polen gewesen.

Da die beiden Parteien aber auch abweichende Positionen vertreten, etwa hinsichtlich der Russland- und Europapolitik, spricht Lang von einem „souveränistische[n] Zweckbündnis“ (S.77). So fordert Polen zum Schutz vor Russland eine Stationierung von NATO-Truppen auf eigenem Gebiet, während sich Fidesz die Kooperation mit Russland offen hält um der Abhängigkeit von westlichen Staaten vorzubeugen. Zudem will Polen seine Bedeutung in der EU ausbauen, auch in der Rivalität zu Deutschland. Daher, aber auch weil beide Regierungen ihre Interessen vor eine Solidarität stellen dürften, sei nicht von einer „nationalkonservativen Achse in Mitteleuropa“ (S.98) auszugehen.

Durch die Entwicklungen der letzten Jahre sind die Regierungen beider Länder im Europäischen Parlament und in der Europäischen Kommission stark kritisiert worden. Anhand ähnlicher Argumente wie Kai Olaf-Lang skizzieren Piotr Buras und Zsuzsanna Vegh in ihrem Beitrag die unterschiedlichen außen- und europapolitischen Interessen von Polen und Ungarn. Zuvor befassen sie sich jedoch mit der Argumentation hinsichtlich nationaler Souveränität innerhalb der EU und der Zurückweisung von Einflussnahme in die jeweilige nationale Politik. Bereichernd sind die nachgestellten Chroniken über die Einschränkung von Rechtsstaatlichkeit und Demokratie in den Ländern und die Reaktion der EU sowie über den EU-Ungarn-Konflikt über Asylpolitik.

Klaus Bachmann und Dominik Héjj vergleichen die „Baupläne aus Ungarn und Polen“ (S.127) beim Umbau der politischen

Systeme, deren zentrale Elemente für Ungarn bereits oben genannt wurden, in diesem Beitrag aber etwa hinsichtlich des Justizsystems ausführlicher beschrieben werden. Der Ausbau der auf „konservative Werte gestützten Obrigkeitstaaten“ ist in Ungarn schon weiter fortgeschritten, möglicherweise so Bachmann und Héjj, durch die zeitliche Verteilung der Einschränkungen, während die polnische Regierung „den Marsch in eine illiberale Demokratie sehr viel dynamischer und hastiger angetreten“ (S.146) ist und somit womöglich größeren Widerstand auslöste.

An einer Charakterisierung der ungarischen Politik versuchen sich mehrere Autor_innen dieses Bandes. András Bozóki und Daniel Hegedüs bezeichnen die Regierung als „Hybridregime unter externer Kontrolle“, weder Demokratie noch Diktatur – ein Hybrid. Die Einbindung in die EU und die Wahrung der Grundrechte der Bürger_innen stehe der weitgehenden Auflösung der Gewaltenteilung entgegen. Bozóki und Hegedüs diskutieren Regierungsmischformen, also Theorien hybrider Regime zwischen Demokratie und Diktatur, wie die Demokratur, die Dictablanda, Liberale Autokratie oder Elektoraler Autoritarismus und fragen sich wie das ungarische Beispiel diese Theorien erweitern könnte. Schlussendlich ordnen sie Ungarn der von Fareed Zakaria geprägten „illiberalen Demokratie“ zu.

Die zentrale Person der ungarischen Regierung wird von Gregor Mayer porträtiert. Er zeichnet Orbáns vorgeblich liberale Anfänge in den 1990er-Jahren nach, beleuchtet

seine lange bestehenden Männerfreundschaften mit mehreren Oligarchen und zeigt auf, wie sich die politische Taktik des „Zündeln und Konflikte schüren“ (S.196) sowie die Selbstinszenierung als volksnaher Siegertyp durch seine Karriere ziehen. Gerade letzteres zeigt Mayer in der differenzierten Darstellung auch durch ausgewählte Fotografien.

Aus einer anderen Perspektive blickt Felix Eick auf Orbán, über dessen Oligarchenfreund Lóránc Mészáros. Der aufgestiegene Multimillionär ist seit ein paar Jahren der engste Verbündete Orbáns aus der Wirtschaft. Mészáros ist ein Schulfreund Orbáns und fußt seinen Reichtum vor allem aufträgen, die aus EU-Geldern finanziert wurden. Journalist_innen nehmen sogar an, er lege dadurch Geld für Orbán beiseite, der kein Geld in der Privatwirtschaft verdienen darf. Eick bezeichnet das Vorgehen als Orbáns „personalisierte Herrschaft (...), in der Klientelismus und Patronage eine wichtige Rolle für den Erhalt der Macht spielen“ (S.214).

Die nur kurz vor der Veröffentlichung der OSTEUROPA-Ausgabe abgehaltenen ungarischen Parlamentswahlen hat Ellen Bos in einem weiteren Beitrag ausgewertet. Sie kommt zu dem Ergebnis, dass Fidesz vor allem in ländlichen Regionen erfolgreich war und die Opposition sich gegenseitig geschwächt hätte. Dabei geht sie nochmal auf das 2011 veränderte Wahlsystem ein, das größere Parteien bevorzugt. Ein zentraler Grund für den Erfolg der Fidesz-Partei sei der monothematische Wahlkampf über Migration ohne vollständiges Wahlprogramm.

Aber auch die von Wahlbeobachter_innen monierte Überschneidung von Wahlkampf und Regierungsinformationen habe die Wahl beeinflusst. Um Bos Ausführungen nachzuverfolgen, sind detaillierte Ergebnisse zu Wahlkreisen und vergangenen Wahlen dem Artikel beigelegt.

Dem in der gesamten Ausgabe etwas unterrepräsentierten Aspekt der ungarischen Wirtschafts(politik) nimmt sich Hella Engerer an und konstatiert dabei strukturelle Schwächen, die trotz umfangreichen Zahlungen aus EU-Töpfen nicht überwunden sind. Durch die hohe Staatsverschuldung sei das Land krisenanfällig. Die Versuche der Orbán-Regierung, das Haushaltsdefizit einzuschränken, sieht Engerer als inkonsistent und kaum vorhersehbar an, womit Ungarn unattraktiv für Investition werde und durch fehlendes Engagement in Wirtschaftsdiversifizierung und Qualifizierung auch an Wettbewerbsfähigkeit einbüße.

Spielt die ungarische Medienpolitik auch in viele andere Bereiche des gesellschaftlichen Lebens und politischer Prozesse hinein, widmen sich Péter Bajomi-Lázár und Dalma Kékesdi-Boldog ausschließlich diesem Thema. Die Umformung der öffentlichen Medien zu „Instrumenten der Regierungspropaganda“ (S.273) ab 2010 habe einen großen Schritt Richtung Autoritarismus bedeutet. Dass die wichtigsten Printmedien Orbán-nahen Oligarchen gehören, vergleichen die Autor_innen mit der Situation in den 1980er-Jahren als ein neues Pressegesetz es zur Aufgabe der Presse machte, „’authentische, genaue und

aktuelle Informationen zu liefern“ (S.278), wobei das Monopol und die Kontrolle weiterhin beim Staat blieben. So sei heute die Medienaufsicht ähnlich undurchschaubar und diene lediglich der machthabenden Partei, nur den Eindruck demokratischer Normen versuche man aufrecht zu erhalten.

Dass ab 2010 nicht nur Positionen in Exekutive und Judikative ausgetauscht wurden, sondern auch kulturelle Führungspositionen an Fidesz-Getreue wanderten, beschreibt László J. Györi. Dies sei neben ideologischen Fragen auch aus macht- und finanzpolitischen Beweggründen geschehen. Unter anderem die Verlagerung der Kulturfördergeldervergabe an eine rechtskonservative Kunstakademie beschleunigte den unverhohlenen „Elitewechsel“. Auch die Leitung bedeutender Theaterhäuser landesweit gingen an Fidesz- oder sogar Jobbik-Gefolgsleute, die Filmszene wurde durch einen dreijährigen Förderstopp zerlegt oder gefügig gemacht.

In zwei Beiträgen mit Geschichtsbezug nehmen Maciej Górny und Joachim von Puttkamer Vergleiche von Polen und Ungarn in der Zwischenkriegszeit und seit 1945 vor. Obwohl der Erste Weltkrieg für beide Länder unterschiedlich ausging, waren die Lebensbedingungen in beiden Ländern denkbar schlecht, die Demokratie überzeugte viele nicht als politisches System und in einer „nationalen Wiedergeburt“ wurden Freiheitsrechte eingeschränkt und Minderheiten, allen voran Jüdinnen_Juden, angefeindet und ausgegrenzt. Interessanterweise fehlt in der Ausgabe ein ausführlicher Beitrag zu Ungarn während dem Zweiten

Weltkrieg. Krisztián Ungváry nimmt zwar einen gelungenen Regimevergleich Horthy/Orbán vor. Für den analytischen Vergleich muss er sich aber auf das Wahlsystem, die Parteidisziplin, die Rolle des Parlaments und das Verhältnis von Politik und Wirtschaft beschränken. Trotz des zunehmenden Horthy-Bezuges der aktuellen Regierung, sieht Ungváry hier keine Systemrestauration, unter anderem durch das Bestehen einer Verfassung bei gleichzeitiger Abwesenheit eines breiten Spektrums von Interessengruppen, das vor 1944 durchaus bestand. Vielmehr sei die Aushöhlung demokratischer Einrichtungen mit russischen Zuständen vergleichbar. Dass in der gesamten Ausgabe die Jobbik-Partei kaum berücksichtigt wird, ist äußerst bedauerlich. Ungvárys kurzer Abriss über deren Verwandlung einer rechtsextremen Gruppierung zu einer links von Fidesz stehenden Partei kann das nicht wettmachen.

Die unterschiedlichen Entwicklungen nach 1945 in beiden Staaten, samt der Ereignisse 1956 mit dem Einmarsch der sowjetischen Armee in Ungarn und der Befriedung in Polen nach dem Posener Aufstand und der Abwendung einer sowjetischen Intervention betrachtet Joachim von Puttkamer. In seiner ausführlichen Darlegung beginnt er mit der Vorgeschichte ab 1918, lässt die Erfahrungen des Zweiten Weltkrieges einfließen um zu belegen, warum weder der Erfolg von PiS noch Fidesz als unmittelbare Reaktion auf die kommunistische Ära zu lesen ist, sondern sich an dem Geschichtsbild der Parteien erklären lässt. So weisen beide eine Mitverantwortung an der Verfolgung

von Jüdinnen und Juden zurück und sehen in den Jahrzehnten der Volksrepubliken einen schmerzhaften Verlust nationaler Souveränität, die sich nun wiedererkämpft werden müsse.

Dieser Antikommunismus und der „Mythos von Ungarn als unschuldiges Opfer zweier fremder totalitärer Regime“ (S.435) beschäftigt auch Ferenc Laczó. Anhand von drei neugegründeten ungarischen Geschichtsinstituten zeigt Laczó auf, wie sie versuchen, ein solches offizielles Geschichtsbild zu prägen. Dieses sei abgedroschen keineswegs neu, stoße aber „aufgrund der allgemeinen historiographischen Trends“ (S.445) Richtung Totalitarismustheorie international kaum auf Widerspruch.

Dieser umfangreiche Sammelband – Artikel mit ausschließlich polnischem Bezug blieben hier unerwähnt – liefert eine breite Betrachtung von historischen Prozessen, politischen Analysen und deren Verknüpfung. Durch die Aktualität ist der Band eine der wenigen deutschsprachigen Veröffentlichungen, die die Entwicklungen der letzten Jahre so differenziert und ausführlich wiedergeben und deuten können. Die Frage, worin die Erstarkung des Autoritarismus in beiden Ländern begründet liegt und wie dieser weiter voran getrieben wird, zieht sich durch „Unterm Messer“.

An einigen Punkten, erklärbarerweise insbesondere zu Gesetzesänderungen der letzten Jahre, gibt es stellenweise Überschneidungen zwischen den Beiträgen. Manche Themen, die ökonomische Situation,

Ungarn während des Zweiten Weltkrieges oder die Jobbik-Partei hätten noch ausführlicher behandelt werden können bzw. gut in diesen Band gepasst.

Dies soll jedoch nicht die Leistung der einzelnen Artikel und auch ihrer Zusammenstellung schmälern. Eine Stärke ist die große Anzahl an historischen oder regionalen Vergleichen. Trotz des Umfangs der knapp 500 Seiten-starken Publikation, ist keiner der Texte zu ausführlich geraten, Beispiele und Bebilderungen ermöglichen auch Leser_innen ohne Osteuropa-Bezug eine Lektüre. Zudem sind manchen Beiträgen umfangreiche Statistiken oder veranschaulichendes Kartenmaterial beigelegt.

Sapper, Manfred/Weichsel, Volker (Hg.): Unterm Messer. Der illiberale Staat in Ungarn und Polen. Berlin 2018 (=OSTEUROPA, 3-5/2018), 528 Seiten, 32€.

Vademecum – Contemporary History Hungary

Von Tanja Kleeh

Das „Vademecum – Contemporary History Hungary“ ist eine Broschüre der Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur und des Instituts für die Geschichte der Ungarischen Revolution von 1956. Herausgegeben von János M. Rainer, Judit M. Topits und Ulrich Mähler, bietet sie einen Überblick zu Archiven, Recherchemöglichkeiten, Bibliotheken, Museen und Erinnerungsorten, die sich mit ungarischer Zeitgeschichte befassen. Die Broschüre (Stand: 2005) ist auf Englisch und Ungarisch verfasst.

In der Einleitung (S.13f) macht Mitherausgeber János M. Rainer deutlich, was unter dem Begriff der Zeitgeschichte, insbesondere im Zusammenhang mit der Geschichte Ungarns, zu verstehen ist. Diese sei, so Rainer, in Ungarn generell mit der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg gleichgesetzt. Die Geschehnisse seit dem Systemwandel 1989/90 hingegen seien hingegen eher den Politikwissenschaften zuzuordnen. Rainer zufolge sei die zeitgeschichtliche Literatur des Landes konstant von politischer Geschichte dominiert (S.15), von welcher auch der Diskurs des öffentlichen Lebens bestimmt sei. Dabei hat sich laut Rainer seit 1989 wenig verändert. Das Archivsystem ist weitestgehend gleichgeblieben, „only a handful of new bodies have emerged“ (S.16).

Anspruch der Publikation ist es nach der Argumentation Rainers all jene Institutionen aufzuführen, die für die

Zeitgeschichte Ungarns von Bedeutung sind. Dies wird etwa bei dem von den Verfasser_innen gelegten Schwerpunkt auf Archive deutlich. Dabei finden die unterschiedlichsten Institutionen bzw. deren Archive Eingang in das Verzeichnis. Neben Kirchenarchiven sind beispielsweise auch die Archive politischer Parteien und sozialer Organisationen verzeichnet. Dabei umfasst die Auflistung neben der Adresse des einzelnen Archives auch die Öffnungszeiten sowie Kontaktmöglichkeiten, beispielsweise per Mail oder über den Verweis auf eine Internetadresse. Für Archivbenutzer_innen zudem von großen Nutzen sind die ergänzenden Informationen, wie zum Beispiel zu Nutzungsregelungen in öffentlichen Archiven Ungarns. Weiter wird von den Verfasser_innen aufgeführt, welche Informationen in dem jeweiligen Archiv zu finden sind. So ist beispielsweise nachzulesen, dass im Nationalarchiv Schriften von nationaler Bedeutung, wie etwa des Präsidenten und seiner Mitarbeiter_innen oder des Parlaments zu finden sind. Auch die vorhandenen Recherchemöglichkeiten - im Falle des Nationalarchives zum Beispiel Computerdatenbanken - sind aufgeführt und für interessierte Nutzer_innen auf einen Blick zu finden. Allerdings bedürfte die Broschüre an dieser Stelle eines kleinen Updates, da sich insbesondere im Blick auf die Technik doch das ein oder andere getan haben könnte. Nichts destotrotz bietet das Vademecum auch heute noch einen kompakten, sorgfältig recherchierten Überblick über Recherchemöglichkeiten zur ungarischen

Lernen aus der ■ Geschichte ■

Empfehlung Fachbuch

Zeitgeschichte. Ebenfalls als hilfreich können sich die zusätzlichen Informationen erweisen, die der Broschüre hinzugefügt sind, zum Beispiel über Institutionen in Deutschland, die sich mit Ungarn auseinandersetzen. Dabei reicht das Spektrum von der Botschaft in Berlin über Deutsch-Ungarische Verbände bis hin zum Donauschwäbischen Museum in Ulm.

Gerade die Entscheidung, auch kleinere, sich nicht auf den ersten Blick für die Recherche erschließende Archive und Institutionen in den Guide aufzunehmen, machen diesen sehr wertvoll. In diese Kategorie fallen etwa einige der aufgeführten Verbände und Stiftungen. So findet sich in der Auflistung etwa die „Vereinigung ehemaliger ungarischer politischer Gefangener 1945 – 1956“ ebenso wie die „Historische Ungarische Film Stiftung“. Es wird also ein breites Themenspektrum abgedeckt, mit dem die unterschiedlichsten Aspekte und Blickwinkel der Zeitgeschichte erschlossen werden können.

Bei Bedarf kann das Vademecum jedoch auch als klassisches Nachschlagewerk verwendet werden, da es über ein alphabetisches Glossar verfügt. Wer also bereits weiß, in welchem Archiv die Recherche stattfinden soll und weiterführende Informationen benötigt, kommt auf diesem Weg zu weiterführenden Informationen.

Das Vademecum wird von der Bundesstiftung Aufarbeitung bereitgestellt und ist als PDF verfügbar.

BTI Country Report Ungarn 2018

Von Tanja Kleeh

Der Transformations Index der Bertelsmann Stiftung gibt einen Einblick, wie sich Transformationsprozesse in Bezug auf die Demokratieentwicklung, die Marktwirtschaft und das politische System niederschlagen. Der vorliegenden Bertelsmann Stiftungs Transformations Index (BTI) für Ungarn stammt aus dem Jahr 2018. Somit werden Entwicklungen und Daten vom 1. Februar 2015 bis zum 31. Januar 2017 berücksichtigt. Das Bild, das dabei von Ungarn bzw. seinem politischen System entsteht, ist in weiten Teilen deprimierend. Der Transformationsprozess, so der Eindruck nach Lesen des BTI, hat dem Land mehr geschadet als genutzt.

Der Report stellt bereits zu Beginn fest, dass das aktuelle ideologische System der Regierung als „illiberale Demokratie“ bezeichnet werden kann. Diese stellt das nationale Wohl über das der einzelnen Bürger_innen, womit staatliche Einmischung in wirtschaftliche, soziale und kulturelle Angelegenheiten gerechtfertigt werden. Als Folge dieses Regierungsstils, der mit der Person Viktor Orbáns verbunden ist, hat Ungarn erhebliche demokratische Defizite erlitten. Diese werden einzeln im Laufe des Reports detailliert nach dem Prinzip „Ursache und Wirkung“ erläutert. Die breite öffentliche Unterstützung verdankt die ungarische Regierung laut dem BTI der sogenannten Flüchtlingskrise. Das Spielen mit Ängsten, der Zaun an der Grenze zu Serbien und das Referendum

über Quoten für Migrant_innen untermauerten die Positionen der Regierung (S.3).

Der BTI hält zudem fest, dass Ungarn von Korruption geprägt ist – „corruption is now systematic and organized by the state“ (S.4). Es werden Gesetze zu Gunsten einzelner Personen und Firmen verabschiedet, Politiker_innen – insbesondere Angehörige der Fidesz – müssen keine Strafverfolgung fürchten, während sie auf mehr oder minder legalen Wegen ihr Vermögen vermehren.

Eine große Stärke des BTI über Ungarn ist, dass zur Einführung die Geschichte und Charakteristika des Transformationsprozesses dargestellt werden. Diese ermöglichen die Einordnung und Kontextualisierung der vorgestellten Ergebnisse. So wird etwa darauf hingewiesen, dass es Ungarn nach dem Systemwechsel 1989/90 gelang, ein stabiles, demokratisches Parteiensystem zu etablieren, „characterized by alternating governments of either center-right or socialist-liberal coalitions that were largely sustained over their full terms of office“ (S.4). Auch die Rolle des Landes sowie die Folgen für Ungarn in Bezug auf größer Ereignisse, wie etwa die Finanz- und Wirtschaftskrise im Jahr 2008, werden beleuchtet.

Die Transformation wird in zwei Bereiche – politische und wirtschaftliche Transformation – aufgeteilt. Die jeweiligen Unterbereiche werden detailliert ausgeleuchtet und mit einem Score, der von eins bis zehn reicht, bewertet. Dabei werden Veränderungen seit dem Jahr 2006 bis ins Jahr 2018 berücksichtigt. Für die politische

Transformation sind die Unterbereiche Staatlichkeit, politische Teilhabe, Rechtsstaatlichkeit, die Stabilität politischer Institutionen sowie politische und soziale Integration untersucht worden.

Wie diese Untersuchung genau aussieht zeigt besonders das Beispiel der Rechtsstaatlichkeit. Zum einen Verzeichnen die Untersucher_innen der Bertelsmann Stiftung einen deutlichen Rückgang der Gewaltenteilung. Im Jahr 2006 noch mit dem Bestwert zehn bewertet, gibt es nur noch eine fünf. Die Gründe hierfür werden nachvollziehbar und detailliert dargelegt. Die Exekutive habe sich selbst Freiheiten zur Regierungskontrolle garantiert, welche sie jetzt im eigenen Interesse und im Interesse der Machthabenden sowie deren Verbündeten nutze. Es sei laut den Verfasser_innen sogar so weit gekommen, das seit 2017 die „uniquely powerful“ (S.11) Exekutive eng mit Geschäftskreisen zusammenarbeite. Abhängigkeiten der Exekutiven sind somit nachgewiesen. Etwas anders sieht es bei der Judikative aus, die von den Autor_innen als weitgehend unabhängig betrachtet wird – auch wenn Entscheidungen natürlich von Seiten der Politik beeinflusst werden. Allerdings erfülle die Judikative noch immer ihre Rolle in der Gesellschaft und treffe auch Entscheidungen gegen die Regierung. Dies ist umso bemerkenswerter betrachtet man die Tatsache, dass zum Zeitpunkt des Reportes die Mehrheit des Verfassungsgerichtes aus Regierungsanhänger_innen bestand.

Negativ bewertet wird hingegen die Entwicklung bezüglich der Korruption im Land.

Zwar werden generell solche Fälle verfolgt, jedoch hat die Regierung Einfluss darauf, welche Fälle verfolgt werden. Ähnliches gilt für die Bürgerrechte. Zwar sind sie rein formell durch das Gesetz geschützt, bei der Durchsetzung jedoch gibt es Probleme.

Die wirtschaftliche Transformation wird anhand von sieben Unterbereichen erläutert: Level der sozioökonomischen Entwicklung, Organisation des Marktes und Wettbewerb, Währung und Preisstabilität, Privateigentum, Wohlfahrtsstaat, wirtschaftliche Leistung und Nachhaltigkeit. Das Beispiel der Nachhaltigkeit ist besonders eindrucksvoll, da das Land hier gegenüber 2006 (neun Punkte) im Jahr 2018 deutlich verloren hat (sechs Punkte). Gerade Nachhaltigkeit in Bezug auf die Umwelt wird von der ungarischen Regierung nicht als Priorität behandelt, was unter anderem im EU-Vergleich deutlich wird: „Hungary is performing worse than the EU average regarding resource productivity (how efficient the economy uses material resources to produce wealth)“ (S.25).

Neben der ausführlichen Betrachtung und Bewertung des Transformationsprozesses gibt es noch die Analysekategorie „governance“. Hierbei werden hauptsächlich strukturelle Aspekte erläutert und analysiert. Als Unterkategorien sind Lenkfähigkeit, Ressourceneffizienz, Konsensbildung und internationale Kooperation aufgeführt. Insbesondere der Blick auf letztere Kategorie lohnt, denn auch hier bescheinigt der BTI Ungarn einen erheblichen Abbau. Noch im Jahr 2006 bewertete die Bertelsmann

Lernen aus der ■ Geschichte ■

Empfehlung Fachbuch

Stiftung die internationale Kooperation mit neun, jetzt nur noch mit sechs Punkten. Internationale Unterstützung wird primär zum eigenen Vorteil genutzt. Zudem steht Ungarn bzw. die ungarische Regierung, bedingt durch sein Handeln und Vorgänge im Transformationsprozesse, unter Beobachtung durch die Europäische Union (S.36).

Insgesamt bietet der BTI Länderreport eine ausführlichen Bericht über die momentane politische Lage in Ungarn. Durch seine detaillierte Ausarbeitung ist er jedoch mehr als Hintergrundinformation geeignet, als um einen kurzen Überblick zu gewinnen. Zudem ist es von Vorteil, sich mit politikwissenschaftlichen Analysen bzw. den entsprechenden Analysenkategorien bereits einmal auseinandergesetzt zu haben, da diese wie selbstverständlich angewandt werden. Aber auch Laien können, vor allem bei der gezielten Auswahl eines Themas, gut mit dem Index arbeiten.

Der fast vierzig Seiten umfassende BTI ist bei der Bertelsmann Stiftung [online verfügbar](#) (auf Englisch). Insgesamt sind 129 Länder untersucht worden, auf deren Berichte zugegriffen werden kann.

Proteste und soziale Kosten des Systemwandels. Der Fall Ungarn.

Von Tanja Kleeh

In dem Aufsatz „Proteste und soziale Kosten des Systemwandel in der postkommunistischen Demokratie: der Fall Ungarn“ gibt Máté Szabó einen Überblick über die Zusammenhänge „zwischen Umbau des Sozialstaates, Demokratisierung und soziale[r] Mobilisierung in postkommunistischen Demokratien“. Die Transformationsprozesse im Ungarn der Jahre 1989 bis 1999 dienen hierfür als Beispiel.

Im ersten Teil des Aufsatzes arbeitet Szabó die allgemeinen Kosten und das Potential sozialer Proteste in postkommunistischen Demokratien heraus. Dabei folgt er überwiegend der Argumentation Claus Offes, die dieser in der Studie „Wohlfahrtsstaatliche Politik in nachkommunistischen Gesellschaften. Ausgangsbedingungen, Akteure und Agenda der Reform“ (1994) erarbeitet hat. Demzufolge seien die sozialpolitischen „Übergangskosten“ äußerst divers: Zum einen muss hier der Wandel der Wirtschaftsordnung mit seinen Folgen der Arbeitslosigkeit berücksichtigt werden, zum anderen fallen soziale Dienste von betrieblicher Seite weg. Insbesondere der letzte Punkt bietet ein großes Protestpotential. Zusammenfassend wird von dem Ausgangspunkt der Protestbewegungen als „gegen die sozialen Kosten der Einführung der Marktwirtschaft“ gesprochen, auch wenn diese mit Sicherheit nur ein Teilpotential bilden, abhängig

von den weiteren Rahmenbedingungen wie institutioneller (In)Stabilität. Diese Rahmenbedingungen sind auch dafür verantwortlich, ob und in welchem Maße sich die Proteste radikalisieren und welches Ausmaß sie erreichen (S.3).

Gerade bei der Fokussierung auf den politischen Protest und die sozialen Bewegungen wird das Alter des Textes von Szabó ersichtlich. So behauptet er etwa, „Parteien, Gewerkschaften und ‚Massen‘ oder ‚Bürgerbewegungen‘ als Akteure der politischen Kultur werden wahrgenommen, über Prozesse ihre politischen Partizipation wird berichtet, aber die Rolle der weniger organisierten und formalisierten Integrationsformen der ‚Zivilgesellschaft‘ und deren Bedeutung im Stabilisierungsprozess wird eher nur allgemein bedacht“ (S.4). Diese Sichtweise kann so nicht komplett unkommentiert stehen bleiben, hat sich doch in der Forschung in den letzten knapp 20 Jahren einiges getan. Insbesondere die von Szabó angesprochenen Handbücher zu den politischen Systemen Ostmitteleuropas haben inzwischen die Bedeutung der sozialen Bewegungen und politischer Proteste erkannt, so dass sich kaum ein solches Buch ohne die Betrachtung eben dieser finden wird. Doch trotz seines Alters ist der Aufsatz durchaus aufschlussreich und liefert interessantes Hintergrundwissen zum Transformationsprozess.

In Bezug auf Ungarn ist hierbei insbesondere der zweite Teil interessant. Wie bereits die Unterüberschrift „Neue Rahmenbedingungen der sozialen Proteste in Ungarn nach

1989“ verrät, liegt hier der Fokus Ungarn und den dortigen Bedingungen für soziale Proteste, die sich nach dem Systemwechsel herausbildeten. Der Wechsel selbst sorgte für die größten politischen Veränderungen der Rahmenbedingungen: „Öffentliche, legale Aktivitäten und die „Märkte“ der Politik sind für die Bewegungen zugänglich, und damit entsteht die Möglichkeit, daß soziale Bewegungen auch gegeneinander mobilisieren und protestieren können“ (S.6).

Ebenso kann die Konkurrenzsituation, der Bewegungen in modernen Demokratien ausgesetzt sind, zu diesen Rahmenbedingungen gezählt werden. Konkurriert wird dabei vor allem um die materielle und persönliche Unterstützung der Bevölkerung. Szabó betont, dass mit der Konkurrenz jedoch stets Kooperation Hand in Hand gehe, vor allem der verschiedenen Gruppierungen untereinander. Als Beispiel führt er das im Jahr 1992 entstandene „Alternative Netzwerk“ an, ein Koordinations- und Informationsnetzwerk verschiedener antimilitaristischer, antirassistischer, antifaschistischer, ökologischer, feministischer und homosexueller Bewegungen und Gruppierungen. Solche Zusammenschlüsse sind beispielhaft für die Vernetzungen innerhalb der Bewegungen. Eine weitere Rahmenbedingung ist neben der zunehmenden Vernetzung der Proteste zudem die Internationalisierung der Netzwerke – ohne die Transformation seit 1989 wäre dies kaum in der heutigen Form möglich gewesen.

Neben der theoretischen Einführung in die veränderten Rahmenbedingungen durch

den Transformationsprozess bietet der Artikel von Szabó zudem praktische Beispiele, wie etwa Boykottaufrufe gegen staatliche Verpflichtungen. So gab es beispielsweise Aktionen gegen die Fernsehgebühren, Steuerzahlungen und den Wehrdienst. Kritisch zu sehen ist die Bewertung der Protestformen durch Szabó. Straßenblockaden etwa werden von ihm als Überschreitung des Versammlungsrechtes gewertet und er stellt die Frage, inwieweit es begründet gewesen sei, dass der „zivile Ungehorsam“ überhaupt in Aufrufen und Selbstdarstellungen ins Spiel gebracht worden sei. Auch wenn der Autor im Text selbst sagt, dass nicht jeder illegale Protest als „ziviler Ungehorsam“ zu werten sei, wirkt diese Einschätzung fehl am Platz und die Bewegungen bzw. Proteste herabgewertet.

Anhand einer umfangreichen Tabelle wertet Szabó die Protestformen aus. Dabei kommt er zu dem Schluss, dass im Ungarn der Jahre 1989-1994 ein deutlicher Trend zu gewaltlosen Protestformen „mit einem gewissen Anteil an gewaltlosen und legalen Störung der öffentlichen Ordnung“ bestanden habe. Auch hier ist wieder die Methode zu hinterfragen. Die Unterteilung der Proteste in gewaltsam und gewaltlos, Störung der öffentlichen Ordnung und keine Störung der öffentliche Ordnung. Diese Unterteilung wirkt auf den ersten Blick etwas zu kurz gegriffen. Allerdings ermöglicht die sorgfältige Auflistung und Auswertung der ganz unterschiedlichen Formen des Protestes, zum Beispiel in schriftlicher Form oder Hungerstreiks, sich ein detailliertes Bild von

sozialen Protesten in Ungarn zu machen. Dabei werden auch solche Proteste berücksichtigt, die nicht unmittelbar im Blickfeld liegen, wenn sich mit den Transformationsprozessen in Ungarn auseinandergesetzt wird. Die Zahlen zeigen zudem auf, dass gefühlte Wahrheiten – wie etwa die Konfrontation mit Waffen – in Wahrheit oftmals deutlich kleiner ausfielen. Insgesamt kommt Szabó zu dem Ergebnis, dass in Ungarn eine relativ milde, legalistische, wenig disruptive Protestkultur vorherrsche, die als Gegenbild zu Terror und Konfrontation gelesen werden könne. Auch wenn der Text und seine Ergebnisse nun beinahe 20 Jahre alt sind, so hat sich an diesen Ergebnissen wenig bis gar nichts verändert, da die untersuchten Ereignisse bereits stattgefunden hatten.

Im dritten Teil wirft Szabó einen kurzen Blick auf die Konflikt- und Protestmobilisierung im sozialen Bereich in Ungarn von 1989 bis 1994. Hierfür arbeitet der Autor mit Beispielen, wie der „Taxifahrer-Blockade“ aus dem Oktober 1990 und Unterschriftenaktionen aus den Jahren 1992/93, die sich beispielsweise gegen die „unsoziale“ Wirtschaftspolitik richteten.

„Proteste und soziale Kosten des Systemwandels in der postkommunistischen Demokratie: der Fall Ungarn“ bietet einen guten Überblick über die Entstehung einer gesamtgesellschaftlichen Protestbewegung, die als Kosten für den Systemwandel gesehen werden können. Stärke gewinnt der Artikel vor allem durch seine Detailliertheit und die stetige Nutzung von konkreten Beispielen. Máté Szabó bietet

umfangreiche Hintergrundinformationen zu der Entstehung der Zivilgesellschaft in einem postkommunistischen Land, was das Verständnis der heutigen Situation dort fördern kann. Dabei darf jedoch nicht außer Acht gelassen werden, dass es sich um einen Text aus dem Jahr 2000 handelt. Manche schwächere Stellen lassen sich damit erklären. Insgesamt jedoch ist der Artikel eine gute Grundlage, um sich mit Ungarn und seiner Transformation auseinanderzusetzen.

„Proteste und soziale Kosten des Systemwandels in der postkommunistischen Demokratie: der Fall Ungarn“ ist beim Frankfurter Institut für Transformationsstudien erschienen und kann [hier](#) online abgerufen werden.

Demokratie als Enttäuschung

Von Lucas Frings

In der kompakten Analyse der Friedrich-Ebert-Stiftung aus dem Januar 2017 widmen sich András Bíró-Nagy, Dalma Dobszai, Tibor Kadlót und Annamária König den Einstellungen der ungarischen Bevölkerung zur Transformation nach 1989 und dem Zusammenhang mit der „illiberale(n) Innenpolitik seit 2010“ (S. 2). Dabei zeichnen sie ein Bild einer ungarischen Gesellschaft, die von großem Misstrauen gegenüber politischen Institutionen und der Demokratie und gleichzeitig vom Wunsch nach einem starken (Fürsorge-)Staat geprägt ist.

Ein Desinteresse gegenüber der aktuellen politischen Situation – einem Drittel der Bevölkerung sei es egal, „ob das Land autoritär oder demokratisch regiert wird“ (S. 2) – und ein Vertrauen in die Demokratie benötige eine Verbesserung der Lebensbedingungen und der sozialen Mobilität.

Die Autor_innen haben in ihre Studie eine große Menge an internationalen und nationalen Erhebungen, wie der World Values Survey und dem Eurobarometer, einfließen lassen. Dabei wenden sie ein Modell von Ronald Inglehart an um Werte wie „Religion, Familie und nationale Identität, Respekt für Traditionen und das Ausmaß sozialer Kontrolle über das Individuum“ (S. 3) und den Wert von politischer Selbstentfaltung, über materielle Bedürfnissen hinaus, zu erfassen. Danach denkt die ungarische Bevölkerung konstant weitestgehend rational und säkular, gleichzeitig aber auch intolerant und

wenig progressiv.

In den Jahren 1989 bis 2009 sank das Vertrauen in die Regierung und das Parlament kontinuierlich, beides rangierte 2009 unter 20 Prozent, den Parteien misstrauten gar 90 Prozent der Ungar_innen. Die globale Finanz- und Wirtschaftskrise und eine bekanntgewordene Wähler_innentäuschung dürfte diese Ergebnisse 2009 mitbestimmt haben. Aber auch unter Fidesz-Regierung bleibt das Misstrauen hoch. Gleichmaßen genießen auch staatliche und zivilgesellschaftliche Organisationen, das Rechtssystem und große Unternehmen nur wenig Vertrauen, ihren Mitbürger_innen vertrauen 20-25 Prozent, wobei die Veränderungen zwischen 1999 und 2009 nur sehr gering ausfallen.

Die auffällige Forderung nach einem starken Staat sehen die Autor_innen als eine Fortsetzung des Staatssozialismus, die von Privatisierungen und Marktwirtschaft zwar geschwächt, aber nicht aufgelöst wurde. Noch immer sieht ein großer Teil der ungarischen Bevölkerung den Staat in der Verantwortung Einkommensunterschiede klein zu halten und Sozialleistungen bereitzustellen.

Die Ambivalenz dieser Forderungen bei gleichzeitigem Misstrauen in den Staat und politische Akteur_innen sind unter anderem durch die starke Verknüpfung von Wirtschaftswachstum und Wohlstand mit der Demokratie erklärbar. Kriselt die Wirtschaft, sinke auch das Demokratievertrauen, womit dieses äußerst fragil sei.

Die Selbstverortung der Ungar_innen auf

einer politischen Rechts-links-Skala wandelt sich im Verlauf der untersuchten Jahre. So positionieren sich 2015 deutlich mehr Menschen auf der rechten Seite statt der linken Seite der Mitte, während diese aber gleichbleibend die Mehrheit stellt. Hier verkürzt die Analyse leider ihre, sonst hilfreiche, prozentuale Angabe von Umfragewerten und nennt nur die Werte für die Positionierungen an den extremen Enden. Ein Blick in die Quelle, eine Studie der Ungarischen Akademie der Wissenschaften, zeigt, dass sich eine große Zahl der Befragten tendenziell rechts positioniert. Zudem wäre ein Erklärungsansatz für die spannende Feststellung, dass die Verortung auf der Skala stark von der favorisierten Partei abhängig ist (und nicht andersherum wie in vielen Ländern), wünschenswert gewesen.

Von Privatisierungen nach 1989 profitierten besonders Wirtschaftsführer und Politiker des alten Systems. Auch Arbeiter_innen verloren durch Schließungen ihre Jobs und fanden, wie Menschen mit geringer Bildung häufig keine neue Arbeit.

Akademiker_innen kamen mit dem Umbruch besser klar als andere Bevölkerungsgruppen, obwohl auch unter ihnen eine Mehrheit angab, dass es ihnen 1996 schlechter geht als noch sieben Jahre zuvor. In den zehn Jahren nach dem Umbruch sah die ungarische Bevölkerung überwiegend eine negative Entwicklung. Inflation, Lohneinbuße und geringere staatliche Sozialleistungen – an das Demokratievertrauen gekoppelte Aspekte – spielten dabei insbesondere in den Anfangsjahren nach 1989

eine wichtige Rolle. Aber auch 2014 bewerteten die Ungar_innen, mit Ausnahme von Universitätsabsolvent_innen, das alte Regime der aktuellen Demokratie überlegen, wobei eine knappe Mehrheit den Umbruch als notwendig bezeichnet. Erlangte individuelle Freiheitsrechte können die Sorge um eine gesicherte Existenz nicht aufwiegen.

Insbesondere im EU-Vergleich zeigen sich die Ungar_innen deutlich weniger offen für eine freie Marktwirtschaft, was maßgeblich mit den Wirtschaftskrisen Anfang der 1990er-Jahre und 2009 zusammenhängen dürfte.

Zur Globalisierung lässt sich eine ambivalente Haltung herauslesen, etwa gleich viele sehen in ihr eine Förderung des Wirtschaftswachstums oder eine Schädigung ungarischer Unternehmen bzw. eine Bedrohung der ungarischen Kultur. Der darin ausgedrückte Nationalismus findet sich auch in der Einstellungsforschung, 2016 bezeichnete sich die Hälfte der Befragten selbst als fremdenfeindlich, vier Fünftel möchte keine Eingewanderten als Nachbar_innen haben. (Vgl. S. 11)

Misstrauen prägt die Gesellschaft nicht nur in die Politik sondern auch gegenüber den Mitmenschen, ein Faktor, der Toleranz in der Gesellschaft hemmt.

Die Zustimmung zur EU-Mitgliedschaft scheint von diesem Nationalismus jedoch nicht gefährdet und stieg seit dem Beitritt 2004 sogar an. Andererseits sank in den Jahren nach 2010 das Vertrauen in die EU, bleibt aber immer noch höher als in

die nationalen Institutionen. Die meisten hier ausgewerteten Erhebungsdaten hierzu stammen von 2015, gerade an dem Umgang mit den EU-Außengrenzen könnten sich die Meinungen hierzu in den Folgejahren deutlich verändert haben.

In der Analyse wird deutlich, dass das abgenommene Demokratievertrauen der Ungar_innen nach 1989 vor allem durch sozio-ökonomische Faktoren – steigende Arbeitslosigkeit, sinkende soziale Stabilität und Mobilität – bedingt ist, wobei die Autor_innen anmerken, dass die Erwartungen überhöht waren. (Vgl. S. 8) Die Analyse stellt heraus, dass aus der Unzufriedenheit kein Wunsch nach einer Diktatur resultiert, bezeichnet es jedoch als „Warnzeichen (...)“, dass es heute einem Drittel der Bevölkerung egal ist, ob das Land diktatorisch oder demokratisch regiert wird“ (S. 14). Bei dieser Gleichgültigkeit sei es der Fidesz-Partei ab 2010 auch ohne großen Widerstand gelungen, Justiz- und Wahlsystem zu ändern und die Arbeit von unabhängigen Medien und NGOs einzuschränken.

Paradox und spannend ist, dass die Ungar_innen sich wünschen, dass staatliche Institutionen sich für eine Verbesserung ihrer finanziellen Lage einsetzen, obwohl sie diesen gleichzeitig nicht vertrauen.

Durch die breite Grundlage von Erhebungen, insbesondere auch die internationalen Vergleichsdaten, zeichnen die Autor_innen auf nur wenigen Seiten ein überaus dichtes Bild der ungarischen Bevölkerung zwischen Misstrauen in politische Institutionen und

Wunsch nach einem starken Staat. Dass an manchen Stellen die Erklärungen für bestimmte Haltungen zu kurz ausfallen, liegt in der Natur einer Analyse quantitativer Daten.

Auch wenn die dicht geschriebene Analyse stellenweise Hintergrundinformationen – z.B. einen Abriss des ungarischen Transformationsprozesses – bietet, richtet sie sich an Leser_innen mit Vorwissen über die politische Situation in Ungarn und einem Verständnis von politischen Prozessen.

Bíró-Nagy, András (Hg.): Demokratie als Enttäuschung. Transformationserfahrungen in Ungarn, Internationale Politikanalyse der Friedrich Ebert Stiftung, Januar 2017. 17 Seiten. Kostenlos zum [Download](#) erhältlich.

Aus Politik und Zeitgeschichte: Ungarn

Von Lucas Frings

Zwanzig Jahre nach der Ausrufung der Republik Ungarn, (2009), veröffentlichte die Bundeszentrale für politische Bildung ein „Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ)“-Heft mit dem knappen Titel „Ungarn“. Darin sind sieben Artikel versammelt, die sich – oftmals mit einem historischen Blick – gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Aspekten Ungarns widmen.

Im einleitenden Beitrag berichtet der Journalist Sebastian Garthoff von seinen ersten Tagen als Journalist in Ungarn im „Seuchenjahr 2006“ (S.4), in dem Menschen durch mehrere Naturkatastrophen sterben, der Kapitän des in den 1950er überaus erfolgreichen Männerfußballteams stirbt und die Wähler_innentäuschung durch den Ministerpräsidenten Ferenc Gyurcsány bekannt wird. Dabei sieht Garthoff, „wie sehr die Ungarn der Vergangenheit verhaftet sind“ (S.4), etwa in der Trauer um den Kapitän Puskás, den viele nie spielen sahen und den Bezug der Proteste gegen Gyurcsány auf den Volksaufstand 1956.

An mehreren Punkten ist sein Artikel beinahe ein zeithistorisches Dokument. Mit Fidesz-Demonstrationen, wachsenden Antisemitismus und der Gründung der paramilitärischen „Ungarischen Garde“ der Jobbik-Partei beschreibt er die Anfänge heute normalisierter Zustände, sein Text wandelt sich vom lockeren Reisebericht zur düsteren Zukunftsvision.

Der Politikwissenschaftler Jürgen Dieringer teilt die ungarische Systemtransformation in vier Abschnitte. Die Form der Ablösung des alten Regimes (1988-1990), die aus Beratungen zwischen Teilen der alten Staatspartei und liberaler sowie nationalistischer Opposition hervorging, habe Stabilität statt Zusammenbruch bedeutet. Andererseits sei so eine gesellschaftliche sowie justizielle Aufarbeitung der alten Regierung ausgespart worden.

Die darauffolgende Phase der Systemetablierung und Konsolidierung (1990-1998), mit einer bürgerlichen und einer sozialliberalen Regierung, ist zunächst von der Bildung einer konsensorientierten politischen Landschaft geprägt, ab 1994 bestimmen Reformen und letztendlich eine Stabilisierung der Wirtschaft die politische Arbeit. Dieringer kommt zu dem Schluss, 1998 habe sich Ungarn in einer „Phase der Stabilität“ (S.7) befunden, die jedoch im Anschluss weder für Reformen des Parlaments, des Gesundheits- und Bildungswesen noch für eine Totalrevision der Verfassung genutzt worden – „Das System blockierte sich selbst, und die politische Kultur wurde zunehmend konfrontativer“ (S.7). Ausgerechnet mit der Wahl Viktor Orbáns zum Ministerpräsidenten beginnt nach Dieringer die Phase der forcierten Europäisierung (1998-2002). Um die Verhandlungen zum Beitritt in NATO und EU nicht zu gefährden setzte die ungarische Regierung auf Stabilität im politischen Prozess statt auf umfassende Veränderungen. Die fünf Jahre nach dem EU-Beitritt 2004,

die „Nachbeitrittskrise“, bildet den Hauptteil des Artikels. In den zehn Jahren nach Erscheinen des Heftes hat sich jedoch viel getan, so dass die Ausführungen zum Parteiensystem, mit 2006 lediglich zwei bestimmenden Parteien, schon eine historische Analyse darstellen. Andererseits beschreibt der Autor Entwicklungen, wie die „Entparlamentarisierung des politischen Systems“ (S.9) sowie die Dominierung des Politikprozess durch starke Ministerpräsidenten, die sich auch nach 2009 fortgesetzt haben. Eine mögliche Entwicklung Ungarns im Falle einer rechtsgerichteten Regierung beschreibt Dieringer abschließend sehr treffend: „[D]ie Nation als historisches und ethnisches Gebilde“ (S.11) im Mittelpunkt, einem und einem Abstammungsprinzip in der Bevölkerungspolitik.

Auch Attila Ágh beschäftigt sich mit der Nachbeitrittskrise und allgemein mit Ungarn in der EU. Ágh bezeichnet Ungarn, nach Politik- und Wirtschaftskrise, als einen der pessimistischsten EU-Mitgliedsstaaten. Zudem seien die Ungar_innen aber generell besonders anspruchsvoll – etwa puncto Sozialwesen und Verbesserung der persönlichen ökonomischen Situation – und deutlich anspruchsvoller als die Bewohner_innen anderer Länder. Andererseits erfuhr Ungarn während der Finanzkrise auch direkte und indirekte Unterstützung der EU.

Eine Unzufriedenheit bestehe zudem insbesondere über nationale Politik, diese werde jedoch auch auf die Unterstützung der Europäischen Union umgelegt. Doch selbst bei kontinuierlicher Ernüchterung über die EU,

bewerten die Ungar_innen sie als deutlich vertrauenswürdiger als die nationalen Institutionen. In ihrer Zustimmung zur Entwicklung EU-weiter Strategien, etwa zu Forschung, Verteidigungs- oder Energiepolitik unterscheiden sie sich nicht von anderen EU-Bürger_innen (vgl. S.15). Allerdings werden solche Themen nur bedingt öffentlich verhandelt, die Europawahlkämpfe in den 2000er-Jahren waren überwiegend von innenpolitischen Fragen geprägt.

Die Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/2009 auf Ungarn sind Thema des Beitrags von András Inotai. Trotz des globalen Charakters der Krise, sieht er bestimmte Faktoren in politischen Entscheidungen der 1990er-Jahre, etwa die Vernachlässigung von strukturellen Reformen. Die einigermaßen stabile ungarische Wirtschaft kriselte schon 2006, als die Folgen von Investitionen in den Binnenmarkt und den Autobahnbau sowie gestiegene Sozialausgaben zu einem Haushaltsdefizit führten. Der Ursprung der Krise von 2008/2009 ist nicht in Ungarn zu suchen. Daher betrachtet Inotai vor allem die Folgen der Krise bzw. die Krisenanfälligkeit der ungarischen Gesellschaft auf vier Ebenen (Zeitfaktor, Finanzpolitische Krisenanfälligkeit, Wirtschaftspolitische Krisenanfälligkeit, Mentale Krisenanfälligkeit).

Für die eigene Konsolidierung benötigten die Mutterbanken Kapital, was zu einem Abfluss von Vermögen ins Ausland führte, da das ungarische Bankenwesen zu 80% aus ausländischen Banken bestand. Ein großer Teil der Kredite von Privatpersonen

und Unternehmen war im Ausland aufgenommen worden, eine ungarische Kontrolle oder Verhandlung im Rahmen der Krise war somit nicht möglich.

Durch eine starke Konzentration auf technologieintensive und langlebige Produkte im Export, die während der Krise am ehesten verzichtbar waren, wurde die ungarische Wirtschaft stark getroffen. Inotai argumentiert jedoch, dass trotz dieser wenig diversifizierten Exportstruktur, Ungarn auf den richtigen und sonst erfolgreichen Sektor gesetzt habe. Skeptisch ist der Autor auch gegenüber einer künstlichen Belebung des Wirtschaftswachstum, da somit die Abhängigkeit von ausländischem Kapital weiter steigen würde, viel mehr könnte eine Abwertung des Forint die Exporte ankurbeln.

Mit der mentalen Krisenanfälligkeit spricht Inotai unter anderem ein mangelndes Krisenbewusstsein, eine geringe Reformwilligkeit und das Fehlen einer Zukunftsvision der Bevölkerung an. Weiter gebe es ein Missverhältnis zwischen erlangten demokratischen Freiheitsrechte und fehlender Übernahme individueller Verantwortung. Insgesamt sei selbst während Krisenzeiten ein Mangel an Solidarität in der Gesellschaft festzustellen, eine Polarisierung und Demagogisierung in der Politik seien mögliche Folgen. Inotais Beitrag verhandelt die ungarische Krise auf einem ökonomisch anspruchsvollen Niveau, weitere Erklärungen wären hilfreich gewesen um die speziellen ungarischen Aspekte nachzuvollziehen.

Nach mehreren Beiträgen im Zusammenhang mit der Wirtschaftskrise, widmet sich Kristián Ungváry der Erinnerungspolitik an das 20. Jahrhundert. Dabei nimmt er vor allem das „Terrorhaus“ und den Zentralfriedhof in Budapest sowie nationale Symbole in den Blick. Das „Terrorhaus“, ehemaliger Sitz der rechtsradikalen Pfeilkreuzler und von 1945 bis 1950 Hauptquartier der Staatssicherheit, besteht seit 2002 als Museum, das gleichermaßen die Erinnerung an Opfer des Nationalsozialismus und seiner ungarischen Unterstützer_innen als auch an Opfer kommunistischer Verbrechen verhandelt. Ungváry gibt neben einer Beschreibung von Ausstellungs- bzw. Gedenkelementen einen Überblick über die Debatten um das Haus. Zentral ist die Verankerung einer Totalitarismustheorie in der Ausstellung, die sich in einem „Wechseln der Uniform“ vom Pfeilkreuzler zum Kommunisten manifestiert. Somit liegt der Fokus auf der politischen Polizei statt auf nationaler Verantwortung und ist zudem falsch, da es diesen Wechsel nicht gab. Vielmehr seien viele Juden mit einem durchaus antifaschistischem Anspruch Mitglied der politischen Polizei nach 1945 geworden. Ungváry sieht in dieser Verdrehung klare Absicht: „Die Gründe dafür sind klar: Die Ausstellung will über die Kommunisten nur kompromittierendes Material darstellen. Antifaschismus hat deshalb kaum Platz“ (S.29). Der Antikommunismus wird jedoch ausschließlich heroisch dargestellt, eine Benennung rechtsradikaler Bewegungen bleibt aus.

Auch am Zentralfriedhof von Budapest überlagert sich die Erinnerung an verschiedene Opfergruppen, wenn auch allesamt aus der kommunistischen Zeit von 1945 bis 1962 stammen. Die hier begrabenen wurden u.a. als Kriegsverbrecher und Opfer von Schauprozessen hingerichtet. Zum Teil wurden sie in einer Parzelle beerdigt, in einer weiteren Parzelle liegen jedoch fast ausschließlich Opfer von Schauprozessen und Revolutionäre von 1956. Als das Gelände nach 1989 zugänglich wurde, begann der Kampf um die Deutungshoheit der Gräber und der nationalen Gedenkstätte in Gedenkformen aber auch als Orte des Protestes gegen die Regierung, bis 2007 eine Untersuchung eine Differenzierung zwischen beerdigten Kriegsverbrechern und Kriminellen und anderen Ermordeten herstellte.

Anhand der historischen Árpád-Fahne, die erst von den Pfeilkreuzlern und heute von Rechten übernommen wurden und des Symbols des Turul-Vogels, ebenfalls von den Pfeilkreuzlern vereinnahmt, zeigt Ungváry auf, wie die Rechtsnationalisten um Platz und Deutungshoheit im öffentlichen Raum kämpfen und ihnen dabei kaum Einhalt geboten wird. Insbesondere die beiden Symbole und das Terrorhaus dienen, so Ungváry, „als Kulissen für die selektive Wahrnehmung der nationalen Geschichte“ (S.33), die die eigene Nation zum Teil entlasten, aber keine mehrheitsfähige Geschichtsinterpretation anbieten.

Wie Ingolf Seidel in seinem Beitrag in dieser LaG-Ausgabe aufzeigt, erlebt die Bevölkerungsgruppe der Rom_nja in Ungarn starke

Ausgrenzung und direkte Bedrohung. Melani Barlai und Florian Hartleb nehmen in ihrem APuZ-Artikel zuerst eine historische Verortung der Minderheit in der ungarischen Geschichte vor. Dabei lösen sie durch die Thematisierung verschiedener Zuwanderungswellen bis zum 20. Jahrhundert eine Betrachtung als homogene Gruppe auf, widmen sich der Frage nach Arbeitsintegration und Minderheitenpolitik bevor sie sich auf die Zeit nach 1990 konzentrieren. Mit der Anerkennung als ethnische Minderheit 1993 begann eine Zunahme der Selbstorganisation, die jedoch bei starker Stigmatisierung und fehlenden Zuwendungen instabil bleibt. Insbesondere durch eine Ausgrenzung aus dem Arbeitsmarkt – nach 1990 waren sie die ersten, denen gekündigt wurde – bleibt die gesellschaftliche Spaltung bestehen. Einen spannenden Aspekt bringen die Autor_innen mit der politischen Partizipation ein. Aufgrund von Perspektivlosigkeit entwickelte ein Großteil der Roma eine Apathie gegenüber dem politischen System. Davon, dass Parteien bei Wahlen auch Rom_nja aufstellen, solle man sich nicht täuschen lassen, da dies oft lediglich der Versuch sei sich Stimmen von Rom_nja zu sichern. In ihrem perspektivischen Ausblick gehen Barlai und Hartleb auch auf die sich verschlechternden Bilder in der Mehrheitsbevölkerung und Attacken von Rechtsextremen ein. Die befürchteten bürgerkriegsähnlichen Zustände sind in Ungarn zwar noch nicht eingetreten, die Fälle von brutaler Gewalt sind jedoch keinesfalls geringer geworden.

Im letzten Beitrag des APuZ-Heftes schreibt

der Historiker Zsolt K. Lengyel eine umfassende ungarisch-europäische Beziehungsgeschichte. Dabei geht er bis zur Christianisierung um 1000 u.Z. zurück und beschreibt wie Ungarn durch verschiedene Bündnisse etwa als „Brückenstellung zwischen dem lateinischen und dem griechischen Christentum“ (S.40) diente. Ein angesichts aktueller Entwicklungen und Debatten spannender Aspekt ist der wiederkehrende Fokus auf Gebietsveränderungen und Bevölkerungszusammensetzung, da schon immer Nichtungar_innen oder Nichtchrist_innen auf ungarischem Gebiet gelebt haben. Die politische Nationskonzeption, die Hungarus-Konzeption, nach der alle „Bevölkerungsgruppen Ungarns mit ihren ethnisch-kulturellen Sondermerkmalen der *Natio hungarica*“ (S.43) angehörten, stand im 19. Jahrhundert dann einem Nationalismus mit Ethnienbezug gegenüber, welcher sich Ende des Ersten Weltkrieges durchsetzte. Anschließend verstand sich Ungarn als Mutterstaat für die ungarischen Minderheiten in den Nachbarländern, seit 1989 sind die Regierungen durch eine Verfassungsnovelle „verpflichtet, ‚das Schicksal der außerhalb der Grenzen‘ der Republik Ungarn lebenden Magyaren Verantwortung zu tragen und ‚zur Pflege von deren Beziehungen zu Ungarn‘ beizutragen. Auch die Beziehungen zu Deutschland, etwa zu einzelnen Landesregierungen werden von Lengyel aufgegriffen.

Besonders hervorzuheben ist die Einbindung von Forschungsfragen, die aus dem Artikel deutlich mehr als eine Chronologie

machen, wenn es etwa um die rumänische und ungarische Auslegung der siebenbürgischen Eigenstaatlichkeit im 16. Jahrhundert geht.

Das vorliegende APuZ-Heft bietet einen umfassenden Einblick in die Geschichte Ungarns, in den sozio-ökonomischen Aufbau, in Mentalitäten und in weitgreifende Debatten und Herausforderungen des Landes. Wie von der Reihe gewohnt, sind die Texte ansprechend und zugänglich geschrieben und weitestgehend ohne Ungarn-Vorkenntnisse verständlich.

Viele der eröffneten Themen haben auch nach zehn Jahren eine hohe Relevanz, manches hat sich geändert und aufgestellte Prognosen lassen sich von heute aus bewerten. Ein Jahr vor dem Fidesz-Wahlsieg 2010 erschienen, bietet dieses Heft auch Einblicke in ein Land vor dem Rechtsruck und stellt somit gewissermaßen ein zeithistorisches Dokument dar.

Unser nächstes Magazin erscheint am 24.04.2019 und trägt den Titel „Sinti und Roma in Berlin“.

I M P R E S S U M

Agentur für Bildung - Geschichte, Politik und Medien e.V.

Dieffenbachstr.76

10967 Berlin

<http://www.lernen-aus-der-geschichte.de>

<http://www.agentur-bildung.de>

Projektkoordination: Ingolf Seidel

Webredaktion: Lucas Frings, Tanja Kleeh, Ingolf Seidel

Die vorliegende Ausgabe unseres Magazins wird durch die Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur gefördert.

Die Beiträge dieses Magazins können für nichtkommerzielle Bildungszwecke unter Nennung der Autorin/des Autors und der Textquelle genutzt werden.